

Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2009: Aufholen in der Weltfinanzkrise? – Rechnerisch scheinbar, in Wirklichkeit nicht!

Die ostdeutsche Wirtschaft ist im vergangenen Aufschwung doch nicht abgehängt worden.¹³ Anders als noch in den Jahren 1998 bis 2000 war das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland von 2005 bis 2008 durchschnittlich pro Jahr mit 1,7% fast so stark gestiegen wie in Westdeutschland. Der Unternehmenssektor hatte mit 2,7% sogar um knapp einen halben Prozentpunkt kräftiger zugelegt als dort. Dabei hat die derzeitige Wirtschaftskrise im Jahr 2008 schon deutliche Spurrinnen in der Produktion hinterlassen. Das gilt vor allem für das Verarbeitende Gewerbe, das den weltweiten Nachfrageeinbruch zuerst zu spüren bekam. Seine Wertschöpfung stieg im Durchschnitt des vergangenen Jahres nur noch um 3,8% (vgl. Tabelle A1 im Anhang) und sein Wachstumsbeitrag sank auf 0,8 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 1). Das Verarbeitende Gewerbe behielt zwar über das ganze Jahr betrachtet die Wachstumsführerschaft unter den großen Wirtschaftsbereichen, sein Wachstumsvorsprung schmolz jedoch bereits deutlich. Belastet wurde der Produktionszuwachs im Jahr 2008 von der verschärften Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Personalbereich. Insbesondere betraf das den Bereich Erziehung und Unterricht sowie die allgemeine Verwaltung. So leisteten die Unternehmen bei Ausbruch der Krise mit 1,4 Prozentpunkten noch einen positiven Beitrag zum Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, während es der Staat minderte.

Ausstattung mit Arbeit und Sachkapital

Bei sinkendem Arbeitsangebot Ausbau des Produktionsapparats im Vorfeld der Krise

Im ersten Jahr der Wirtschaftskrise nahm das Arbeitsangebot in Ostdeutschland weiter ab. Es schrumpfte – gemessen an der Zahl der Erwerbsfähigen – um 164 000 bzw. 1,8% (vgl. Tabelle 2).

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 46/2009 am 3. August 2009 veröffentlicht.

¹³ Der Arbeitskreis „VGR der Länder“ hat im Februar dieses Jahres die Produktionsdaten aus der Originärberechnung für das Jahr 2006 vorgelegt. Danach ergab sich eine deutliche Aufwärtskorrektur gegenüber dem vorangegangenen Berechnungsstand. Vgl. LUDWIG, U.: Nach erneuter Datenkorrektur: Ostdeutschland im konjunkturellen Aufschwung 2006 und 2007 doch nicht abgehängt, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2009, S. 107.

Tabelle 1:

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung - in Prozentpunkten des Zuwachses der realen Größe -

	2006	2007	2008
Bruttowertschöpfung insgesamt ^a	3,3	2,9	1,2
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	2,0	2,0	0,8
Baugewerbe	-0,2	0,1	0,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,8	0,0	0,3
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	0,8	0,9	0,3
Öffentliche und private Dienstleister	0,1	-0,1	-0,2
Bruttowertschöpfung der Unternehmen ^b	3,1	3,0	1,4
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,5	1,1

^a Die Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts unterscheiden sich aufgrund der Zurechnung der zweigübergreifenden Komponenten des Bruttoinlandsprodukts, d. h. der Gütersteuern und der Gütersubventionen. – ^b Ohne private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Berechnungen des IWH.

Damit setzt sich die seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre beobachtete rückläufige Tendenz fort (vgl. Abbildung 1). Maßgebend dafür war zum einen der Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter. So vollendeten im Jahr 2008 nur 80 000 ostdeutsche Jugendliche das 15. Lebensjahr; im Jahr 2000 waren es noch 190 000 gewesen. Zum anderen schieden infolge des Eintritts in das gesetzliche Rentenalter etwa 170 000 Personen aus. Per saldo verringerte sich dadurch die Zahl der Erwerbsfähigen um 90 000 Personen. Berücksichtigt werden muss jedoch, dass ein Teil der Personen dieser Jahrgänge noch nicht oder nicht mehr erwerbstätig ist und insofern das Arbeitsangebot geringer beeinflusst wird, als es der Saldo zwischen Zu- und Abgangsjahrgängen anzeigt. Werden zur Abschätzung der tatsächlichen Effekte die altersspezifischen Erwerbstätigenquoten¹⁴ herangezogen, so betrug der Rückgang im Jahr 2008 nur etwa 15 000 Personen.

¹⁴ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 1, Reihe 4.1. Die Erwerbstätigenquote gibt den Anteil der Erwerbstätigen an den Einwohnern einer Altersgruppe an.

Tabelle 2:
Bevölkerungsprognose für die Neuen Bundesländer
(ohne Berlin)

	2007	2008	2009
	in 1 000 Personen		
Einwohnerzahl	13 192	13 097	13 002
darunter:			
Erwerbsfähige ^a	8 886	8 722	8 564
Personen im Rentenalter ^b	2 932	2 975	3 020
<i>Nachrichtlich:</i>			
Einwohnerzahl ABL	69 069	69 054	69 049
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
Einwohnerzahl	-101	-95	-95
darunter:			
Erwerbsfähige ^a	-177	-164	-158
Personen im Rentenalter ^b	75	43	45
<i>Nachrichtlich:</i>			
Einwohnerzahl ABL	-4	-15	-5

^a Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^b Personen im Alter von 65 Jahren und mehr – ABL: Alte Bundesländer (mit Berlin).

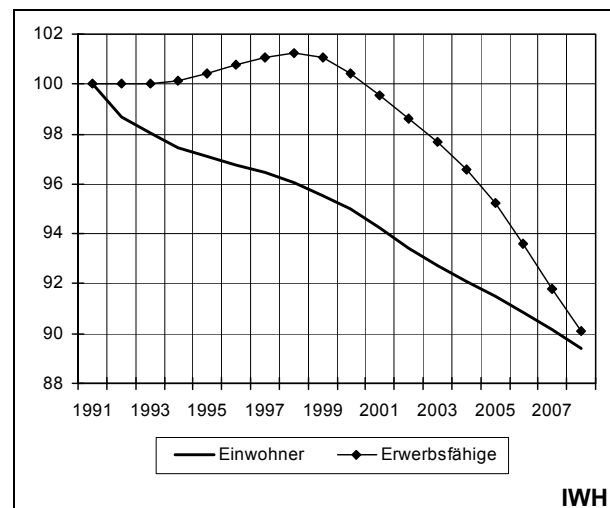
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Verringerung der Zahl der Erwerbsfähigen in Ostdeutschland ist auch auf die anhaltend hohen Wanderungsverluste zurückzuführen.¹⁵ So überstieg im Jahr 2007 – neuere Daten liegen nicht vor – die Zahl der Abwanderer die der Zuwanderer um 56 000 Personen.¹⁶

Eine engere Abgrenzung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots erfolgt durch das Konzept des Erwerbspersonenpotenzials.¹⁷ Zum Erwerbspersonenpotenzial zählen die Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die in einem Arbeitsverhältnis stehen beziehungsweise eine Arbeitsstelle su-

chen. Letztere umfassen die Unterbeschäftigten.¹⁸ Zu diesen gehören die registrierten Arbeitslosen, die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie die so genannte Stille Reserve i. e. S.¹⁹ Das so abgegrenzte Erwerbspersonenpotenzial umfasst etwa 83% der Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Abbildung 1:
Zahl der Einwohner und der Erwerbsfähigen^a in Ostdeutschland^b von 1991 bis 2007
- 1991 = 100 -



^a Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^b Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2008); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Im Jahr 2008 nahm das Erwerbspersonenpotenzial um 155 000 Personen bzw. 2,1% gegenüber dem Vorjahr ab. Dahinter verbergen sich zwei gegenläufige Tendenzen (vgl. Tabelle 3). Zum einen stieg die Zahl der Erwerbstätigen (Inländer) infolge des Produktionsanstiegs um 22 000 Personen bzw. 0,4% an. Zum anderen sank die Zahl der Unterbe-

¹⁵ Zur Problematik der Abwanderung aus Ostdeutschland vgl. KUBIS, A.; SCHNEIDER, L.: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2008, S. 128-131. – KUBIS, A.; SCHNEIDER, L.: Ist Abwanderung typisch ostdeutsch? Regionale Mobilität im West-Ost-Vergleich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2009, S. 152-156.

¹⁶ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 1, Reihe 1.2. Die Zahl der Erwerbsfähigen wird zudem durch die Sterbefälle von Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren gemindert. Diese werden hier nicht berücksichtigt.

¹⁷ Vgl. AUTORENGEMEINSCHAFT: Analyse und Vorausschau der kurzfristigen Arbeitsmarktentwicklung, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAb 250), Nürnberg 2002, S. 227 ff.

¹⁸ Vgl. hierzu auch BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009.

¹⁹ Dabei handelt es sich um Personen, die beschäftigungslos und verfügbar sind sowie Arbeit suchen, ohne als Arbeitslose registriert zu sein, sowie um Personen, die die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage Arbeitsplätze nachfragen würden. Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Arbeitsmarkt 2007. Nürnberg 2008, S. 43. Zu den methodischen Problemen bei der Schätzung der „Stillen Reserve i. e. S.“ vgl. FUCHS, J.: Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve. Konzeption und Berechnungsweise, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), a. a. O., S. 79 ff. – HOLST, E.: Die Stille Reserve am Arbeitsmarkt, Größe, Zusammensetzung, Verhalten. Berlin 2000.

Tabelle 3:
Auslastung des Arbeitskräftepotenzials in Ostdeutschland^a

		2005	2006	2007	2008	<i>Nachrichtlich: ABL 2008</i>
		<i>in 1 000 Personen</i>				
1	Erwerbsfähige ^b	9 223	9 063	8 886	8 722	45 619
2	Erwerbstätige (Inland) ^c	5 609	5 646	5 741	5 786	34 544
3	Pendlersaldo	391	401	417	394	461
4	Erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze) ^c	6 000	6 047	6 158	6 180	34 083
5	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 762	1 649	1 413	1 245	3 293
6	Registrierte Arbeitslose	1 295	1 187	1 030	890	2 378
7	Sonstige Unterbeschäftigte ^d	276	307	270	258	610
8	Stille Reserve i. e. S. ^e	191	155	113	97	305
9	Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial) ^f	7 608	7 524	7 420	7 265	37 078
10	Erwerbstätigenquote [(4)/(1)*100]	65,1	66,7	69,3	70,9	74,7
11	Erwerbsbeteiligungsquote [(9)/(1)*100]	80,4	81,3	82,2	82,2	80,6
12	Auslastungsgrad [(4)/(9)*100]	78,9	80,4	83,0	85,1	91,9

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^c Einschließlich Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie an Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Kurzarbeiter; Personen in Altersteilzeit; Ein-Euro-Jobs. – ^d Arbeitslose nach § 125, 126 SGB III; Ausfall durch Kurzarbeit (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; Ein-Euro-Jobs; Teilnehmer an Deutschlehrgängen; Vorruheständler; Ausfall durch Altersteilzeit (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^e Schätzungen auf der Grundlage von Angaben des IAB zur Stillen Reserve i. e. S. – ^f Summe aus Erwerbstätigen und Unterbeschäftigten. Zur Vermeidung von Doppelzählungen werden die Personengruppen, die in beiden Positionen enthalten sind, herausgerechnet. Dazu zählen: Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie an Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Kurzarbeiter (in Vollzeitäquivalenten), Personen in Altersteilzeit (in Vollzeitäquivalenten) sowie Ein-Euro-Jobs. ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2009); Bach, H.-U.; Gartner, H.; Hummel, M.; Klinger, S.; Rothe, E.; Spitznagel, E.; Zika, G.: Arbeitsmarkt im Sog der Rezession, in: IAB-Kurzbericht 6/2009; Berechnungen des IWH.

schäftigten um 168 000 Personen bzw. 11,9%, woran alle drei Personengruppen – die registrierten Arbeitslosen, die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie die Stille Reserve i. e. S. – Anteil hatten. Letztlich zeigt dies den – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportionalen Rückgang der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter.

Das Erwerbspersonenpotenzial wurde vor der Krise nur zu ca. 85% ausgelastet; der westdeutsche Vergleichswert betrug 92% (vgl. Tabelle 3). Etwa 70% der Unterbeschäftigten sind Personen, die bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos registriert sind. In Ostdeutschland fehlen jedoch mehr Arbeitsplätze, als unterbeschäftigte Personen ausgewiesen werden, da die Zahl der Auspendler nicht gegengerechnet wird. Viele der ostdeutschen Pendler würden vermutlich im Fall des Angebots eines adäquaten, vor allem ähnlich hoch entlohnten Jobs in den Neuen Ländern diesen gegenüber einem Arbeitsplatz in der „Ferne“ präferieren. Der Saldo

von Aus- und Einpendlern in den Neuen Bundesländern betrug im Jahr 2008 knapp 400 000 Personen. Zählt man diese den Unterbeschäftigten in Höhe von 1,25 Millionen hinzu, so betrug die Arbeitsplatzlücke in den Neuen Bundesländern – also die Zahl der hier fehlenden Arbeitsplätze – ca. 1,65 Millionen.²⁰ Der Anteil der fehlenden Arbeitsplätze an der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter lag demnach bei 18,9%.

Anders als von Seiten des Faktors Arbeit sind in den vergangenen Jahren bis zum Ausbruch der Krise die Produktionsmöglichkeiten von Seiten des Faktors Kapital ausgedehnt worden. Die Erweiterung hatte eine starke Ausrüstungskomponente. So schufen die Unternehmen seit dem Jahr 2004 deutlich mehr neue Maschinen und Anlagen an, wenn auch 2008 mit abnehmendem Zuwachs. Bei ge-

²⁰ Vgl. hierzu auch BRAUTZSCH, H.-U.: Arbeitsplatzlücke im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2004, S. 295-300.

Tabelle 4:
Anlagevermögen und Produktivität in der ostdeutschen Wirtschaft^a

	2005	2006	2007	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % ^b			Niveau ^c ABL = 100
Insgesamt				
Bruttoanlagevermögen	2,3	2,0	2,1	13,8
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,3	1,0	2,2	14,8
Kapitalproduktivität ^d	-2,1	1,2	0,3	94,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-1,1	2,3	0,2	88,6
Arbeitsproduktivität ^e	1,0	2,6	0,7	77,7
Kapitalintensität ^f	3,2	1,4	0,4	82,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	2,1	0,4	0,5	87,7
Darunter:				
Produzierendes Gewerbe				
Bruttoanlagevermögen	1,7	1,0	1,5	18,3
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,8	1,0	1,9	17,0
Kapitalproduktivität ^d	1,0	5,1	5,1	67,3
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,9	5,1	4,6	72,5
Arbeitsproduktivität ^e	5,2	6,0	4,0	74,7
Kapitalintensität ^f	4,2	0,8	-1,0	111,1
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	4,3	0,8	-0,6	103,0
Dienstleistungsbereiche einschließlich Staat				
Bruttoanlagevermögen	2,5	2,3	2,3	13,1
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,7	0,7	2,3	12,7
Kapitalproduktivität ^d	-2,3	0,1	-1,1	101,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,5	1,7	-1,0	104,7
Arbeitsproduktivität ^e	0,2	1,4	-0,2	79,2
Kapitalintensität ^f	2,5	1,3	0,9	77,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,7	-0,3	0,8	75,6

^a Neue Länder ohne Berlin, Alte Länder mit Berlin. – ^b Zu Preisen von 2000. – ^c Zu Wiederbeschaffungspreisen bzw. jeweiligen Preisen. – ^d Reales Bruttoinlandsprodukt bzw. reale Bruttowertschöpfung der Bereiche bezogen auf den Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens. – ^e Reales Bruttoinlandsprodukt bzw. reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Inland). – ^f Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens je Erwerbstätigen. ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2009); Berechnungen des IWH.

werblichen Bauten trat die Wende zum Positiven zwar erst 2007 ein, doch auch im Jahr darauf ist verstärkt investiert worden. Im Ergebnis wurde der Produktionsapparat erweitert. Der Bestand an Ausrüstungen und sonstigen Anlagen stieg im Jahr 2007 um 2,2% an (vgl. Tabelle 4). Allerdings hat sich das Aufbautempo in der Gesamtwirtschaft trotz kräftiger Zugänge nur wenig geändert. Hier dürfte eine Rolle gespielt haben, dass nun zunehmend die in der Anfangsphase des wirtschaftlichen Aufbaus in Betrieb genommenen neuen Produktionsanlagen ihre normale Nutzungsdauer erreicht haben und ausgesondert werden. Im Produzierenden Gewerbe ist dagegen der Produktionsapparat im Jahr 2007 – neuere Daten liegen nicht vor – beschleunigt erweitert worden.

Mit der Ausdehnung des Produktionsapparats sind neue Arbeitsplätze entstanden, und die Unternehmen haben im vergangenen Aufschwung ihre Beschäftigung aufgestockt. Da der Stellenaufbau in der Gesamtwirtschaft hinter der Erweiterung des Kapitalstocks zurückblieb, ist die Ausstattung der Arbeitsplätze mit Maschinen und Anlagen im Schnitt zwar weiter gestiegen, das jedoch deutlich langsamer. Dies gilt auch für den gesamten Dienstleistungsbereich. Anders verlief die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe. Vor allem die Industrieunternehmen stellten im Aufschwung so viel Personal zusätzlich ein, dass die Kapitalintensität der Arbeitsplätze im Schnitt sogar gesunken ist. Sie übertrifft den westdeutschen Stand aber nach wie vor, und zwar beim Anlagevermögen insgesamt um 11%, bei Ausrüstungen und sonstigen Anlagen um 3%. Im Dienstleistungssektor liegen die Verhältnisse umgekehrt. Dort bleibt Ostdeutschland um reichlich ein Fünftel bzw. ein Viertel zurück.

Die wachsende Kapitalintensität ist eine wichtige Voraussetzung für die Steigerung der Produktivität der Arbeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Im Zusammenhang mit dem differenzierten Anstieg der Produktion in den großen Wirtschaftsbereichen haben sich die Produktivitäten des Faktors Arbeit und des Faktors Kapital unterschiedlich entwickelt. Im Produzierenden Gewerbe, dem Kernbereich des vergangenen Aufschwungs, haben sich die Produktivitätsverhältnisse von Arbeit und Kapital trotz gesunkener Kapitalintensität deutlich verbessert. Ausschlaggebend waren wohl die Produktivitätsreserven, die in der wirtschaftlichen Schwächephase davor geschaffen, aber nicht ausgeschöpft worden sind. So konnten im vergangenen Aufschwung die gestiegene Nachfrage und Produktion aus dem vorhandenen Potenzial heraus

bedient werden. Die Produktivitätsabstände verharrten gegenüber Westdeutschland bei einem Drittel bezüglich des Faktors Kapital und einem Viertel bezüglich des Faktors Arbeit.

Im Dienstleistungssektor stagnierte die Arbeitsproduktivität und lag bei knapp 80% des Niveaus in Westdeutschland. Der Leistungszuwachs wurde fast ausschließlich über Neueinstellungen erwirtschaftet. Die Erweiterung des Produktionsapparats hat jedoch keine Entsprechung in der Produktivität des eingesetzten Sachkapitals gefunden. Die Kapitalproduktivität ging sogar zurück. Allerdings übertraf sie den Stand in Westdeutschland nach wie vor leicht.

Finanzierungsaspekte

Weniger Gefahren durch Finanzierungsengpässe

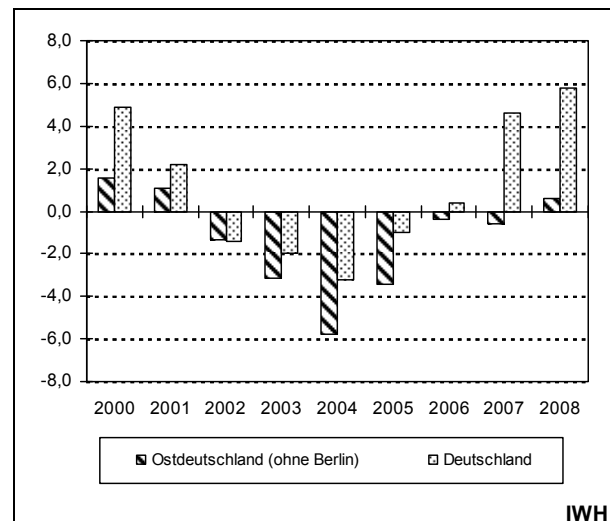
Die Kreditvergabe der Banken in Deutschland nahm am Ende des vergangenen Aufschwungs zu. Der Bestand an Forderungen von Banken gegenüber Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen stieg im Jahr 2008 insgesamt mit 5,8% sogar um knapp 1,3 Prozentpunkte stärker an als im Jahr davor (vgl. Abbildung 2). Wie auch schon in den Vorjahren fiel jedoch der Zuwachs in den Neuen Bundesländern mit 0,6% sehr viel schwächer aus als in Gesamtdeutschland. Immerhin wurde nach sechs aufeinanderfolgenden Jahren in Ostdeutschland wieder ein – wenn auch sehr geringer – Zuwachs erreicht. Allerdings sind in den vergangenen zehn Jahren die entsprechenden Forderungsbestände in Gesamtdeutschland um insgesamt rund 10% gestiegen, während sie in Ostdeutschland um insgesamt 11% zurückgegangen sind. Angesichts dieses Gesamtbildes ist es bemerkenswert, dass im Verlauf des Krisenjahres 2008 die Zuwächse bei Kreditforderungen in Ostdeutschland entgegen der Entwicklung in Deutschland insgesamt zugenommen haben, wenn auch nur graduell.

Obleich die Kreditvolumina in den Jahren 2007 und 2008 in Ostdeutschland nahezu unverändert geblieben und in Westdeutschland gestiegen sind, nahm die Bedeutung der Darlehensfinanzierung im Vergleich zum Jahr 2004 nach Angaben des IAB-Betriebspanels in den Alten Ländern weiter ab, während sie in den Neuen Ländern zunahm (vgl. Tabelle 5). Gleichzeitig ging der Anteil der Unternehmen, die über Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital klagten, auf 4% (Neue Bundesländer) bzw. auf 5% (Alte Bundesländer) zurück, von 8% im Jahr 2004. Insbesondere

für die Unternehmen in Ostdeutschland ist zudem deren Stärkung der Eigenkapitalbasis vor Ausbruch der Krise hervorzuheben; so stieg der Eigenmittelanteil trotz des Rückgangs der Bedeutung laufender Einnahmen bei der Investitionsfinanzierung. Die wachsende Bedeutung von Darlehen und Krediten sowie von Eigenmitteln bei gleichzeitigem Rückgang des Anteils von Fördermitteln lässt darauf schließen, dass Unternehmen in Ostdeutschland zunehmend privatwirtschaftliche Finanzierungsquellen erschlossen haben. Alles in allem deuten diese Indikatoren darauf hin, dass der den Finanzmarkturbulenzen vorangegangene konjunkturelle Aufschwung dazu genutzt wurde, die Bilanzen weiter zu konsolidieren.

Abbildung 2:

Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Tabelle 5:

Anteile alternativer Finanzierungsformen an der Investitionsfinanzierung in den Neuen und Alten Bundesländern in den Jahren 2004 und 2007
- in % -

	NBL		ABL	
	2004	2007	2004	2007
Eigenmittel	52,2	58,4	65,8	80,8
<i>Nachrichtlich:</i> davon laufende Einnahmen	80,2	77,6	72,9	80,3
Darlehen und Kredite	20,1	25,3	24,2	16,4
Fördermittel	27,7	16,3	9,9	2,7

NBL: Neue Bundesländer; ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: IAB-Betriebspanel, Berechnungen des IWH.

Die Beschleunigung des Bankkreditwachstums im Jahr 2008 dürfte maßgeblich dadurch geprägt worden sein, dass die Unternehmen den rezessionsbedingten Einbruch der laufenden Einnahmen durch eine verstärkte Schuldenaufnahme zum Teil zu kompensieren suchten. Es ist wohl vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen, dass dies trotz der erheblichen krisenbedingten Verschlechterungen in den Finanzierungsbedingungen möglich war. Zum einen traf die Rezession der Weltwirtschaft in Deutschland auf Unternehmen, deren Eigenkapitalbasis in den Vorjahren in nicht unbeträchtlichem Umfang gestärkt wurde; dies dürfte jedoch für Unternehmen in Westdeutschland einen größeren Vorteil bieten als für jene in Ostdeutschland. Zum anderen dürften vor allem die Unternehmen mit Sitz in Ostdeutschland aufgrund ihrer geringen Größe und vergleichsweise geringen Integration in internationale Unternehmensverbände nur wenig von den Wertverlusten an den internationalen Finanzmärkten betroffen sein. Zusätzliche Probleme bei der Stellung von Kreditsicherheiten (wie sie von den Banken sowohl nach Angaben des EZB Bank Lending Survey, der KfW-Unternehmensbefragung oder auch der ifo-Kredithürde zunehmend gefordert werden) dürften trotz der dramatischen Entwicklungen an den Vermögensmärkten daher kaum entstehen.

Kasten:

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Der Welthandel nimmt in diesem Jahr um 15% ab.
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt im zweiten Halbjahr 2009 bei 70 US-Dollar pro Barrel.
- Der US-Dollar-Kurs des Euro beträgt 1,40 im zweiten Halbjahr 2009.
- Die Europäische Zentralbank senkt den maßgeblichen Leitzins nicht weiter, hält jedoch an unkonventionellen Maßnahmen zur Stabilisierung der Unternehmensfinanzierung durch private Banken fest.
- Der Tariflohn steigt in Ostdeutschland im Jahr 2009 um 2,5%.
- Die Konjunkturpakete werden vom Bund und von den Ländern zügig umgesetzt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich das Finanzierungsumfeld für die Unternehmen auch in Ostdeutschland aufgrund der Weltfinanzkrise sehr verschlechtert hat. Doch die mit der vorangegangenen finanziellen Konsolidierung der Unternehmen geleistete Vorsorge dürfte für einige Zeit dazu beitragen, dass die Unternehmen ihre wirtschaftlichen Aktivitäten nicht primär wegen aufkommender Schwierigkeiten bei der Finanzierung einschränken müssen.

Entwicklung der Nachfrage

Ostdeutscher Exportboom vorerst zu Ende

Die mit dem Aufkommen der globalen Finanzkrise im Jahr 2007 in wichtigen Industrieländern einsetzende konjunkturelle Abkühlung hat sich im vergangenen Jahr dramatisch verschärft. Infolgedessen legten insbesondere die Lieferungen der ostdeutschen Unternehmen in die alten EU-Mitgliedsstaaten nur noch verhalten zu. In die USA und nach Japan konnten zwar aufgrund des guten Jahresbeginns noch relativ hohe Exportzuwächse erzielt werden, im Jahresverlauf schwächte sich die Exportdynamik aber auch in diese Länder deutlich ab. Anders als noch ein Jahr zuvor beschränkte sich die Finanzkrise 2008 jedoch nicht mehr auf die westlichen Industrieländer, sondern griff auf Mittel- und Osteuropa sowie die Schwellenländer über. Zwar weiteten viele dieser Länder ihre Nachfrage nach ostdeutschen Gütern immer noch überdurchschnittlich aus, gleichwohl aber deutlich schwächer als in den Jahren zuvor, in denen die Lieferungen in diese Regionen eine wesentliche Triebfeder der ostdeutschen Exporte waren. Zusätzlich zur konjunkturellen Abschwächung im Zuge der Weltfinanzkrise belastete im vergangenen Jahr der starke Euro die Ausfuhren in Länder außerhalb der Währungsunion. Folglich expandierten die ostdeutschen Warenexporte mit gut 7% nur noch halb so stark wie im Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre. Trotz deutlich verlangsamten Tempos konnten die Neuen Bundesländer ihre Warenausfuhren im vergangenen Jahr, nicht zuletzt aufgrund der immer noch vergleichsweise robusten konjunkturellen Entwicklung in den für die Neuen Bundesländer wichtigen mittel- und osteuropäischen Zielmärkten, dennoch mehr als doppelt so stark ausweiten wie die westdeutschen Länder.

Die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise zeigen sich auch in der Entwicklung der Warenstruktur der ostdeutschen Exporte. So

gingen die Lieferungen in der für den Export wichtigsten Gütergruppe *Fahrzeuge und Fahrzeugteile*, die besonders vom weltweiten Nachfrageeinbruch betroffen ist, deutlich zurück. Zudem mussten bei den gerade für den ostdeutschen Export relativ bedeutenden Gütern der Rundfunk- und Nachrichtentechnik Exporteinbußen hingenommen werden. Gestützt wurden die Ausfuhren dagegen durch Chemische Erzeugnisse und Nahrungsgüter, und auch die Ausfuhren von Maschinen legten nochmals überdurchschnittlich zu (vgl. Tabelle 6).

Im laufenden Jahr wird die ostdeutsche Exportwirtschaft infolge der dramatischen Nachfrageeinbrüche auf den Weltmärkten erstmals seit Anfang der 1990er Jahre wieder Absatzeinbußen auf den Auslandsmärkten hinnehmen müssen. Dies betrifft zum einen die Lieferungen in die westlichen Industrieländer, die ihre Nachfrage insbesondere nach Investitionsgütern und Vorleistungen für die Exportgüterproduktion weiter einschränken. So sind die Auftragseingänge aus dem Ausland bereits im vierten Quartal 2008 um 21% unter das Vorjahresniveau gesunken (bei Investitionsgütern gar um 27%, bei Vorleistungsgütern um 16%). In den ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich dieser Abwärtstrend weiter fortgesetzt. Zum anderen profitiert Ostdeutschland, anders als in den vergangenen Jahren, nicht mehr von der vergleichsweise starken Fokussierung der Exporte auf Wachstumsregionen, da insbesondere die osteuropäischen Staaten, in die fast ein Viertel der

ostdeutschen Warenexporte fließt, im Jahr 2009 mit voller Wucht von den realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise erfasst worden sind. Wäh-

Tabelle 6:
Export der Neuen Bundesländer in das Ausland nach Warengruppen im Jahr 2008
- in jeweiligen Preisen -

	in Mio. Euro	Zuwachs ggü. Vorjahr in %	Exportanteil	
			NBL	D
Ausfuhr insgesamt	64 941	7,7	100	100
darunter:				
Kraftwagen und Teile	10 788	-3,9	16,6	18,5
Chemische Erzeugnisse	9 789	24,7	15,1	13,8
Maschinen	6 935	10,8	10,7	14,8
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	4 030	-1,1	6,2	4,2
Metalle	4 948	0,5	7,6	5,0
Nahrungsgüter	3 484	15,0	5,4	3,6

NBL: Neue Bundesländer; D: Deutschland.

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH. Aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit für die Alten Bundesländer muss Gesamtdeutschland als Vergleichsgröße herangezogen werden. Da jedoch auf Ostdeutschland weniger als 6% der gesamtdeutschen Warenexporte entfallen, sind die Werte für Gesamtdeutschland mit denen Westdeutschlands nahezu identisch.

Tabelle 7:
Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Handelspartner und Warenexporte Ost- und Westdeutschlands

	Realer BIP-Zuwachs in %			Exportanteile in %			
				Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	2007	2008	2009 ^a	2007	2008	2007	2008
Europa				75,5	74,9	75,3	74,9
EU-15 (ohne Deutschland)	2,7	0,5	-3,8	53,8	52,5	47,7	45,1
Neue EU-Mitglieder	6,2	4,1	-2,9	11,0	11,3	16,9	17,8
Russland	8,1	5,6	-6,0	2,9	3,2	3,0	3,9
Amerika				10,6	10,3	8,8	9,2
USA	2,0	1,1	-2,8	7,7	7,2	6,4	6,5
Asien				11,2	11,8	13,2	13,3
Südostasien ^b	5,8	3,4	-2,5	2,3	2,3	4,0	3,1
Japan	2,4	-0,6	-6,2	1,4	1,3	1,0	1,0
China	13,0	9,0	6,5	3,1	3,4	3,0	3,4

^a Prognosen des IWF; Berechnungen des IWH. – ^b Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen.

Quellen: IWF; Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Berechnungen des IWH.

rend die Bruttoinlandsprodukte der neuen EU-Mitgliedstaaten, Russlands und Südostasiens einschließlich Chinas in den vergangenen zwei Jahren noch deutlich stärker zunahmen als die der westlichen Industrieländer, wird die Wirtschaftsleistung in diesen Staaten, mit der Ausnahme Chinas, laut Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) im laufenden Jahr kaum weniger zurückfallen als in den hochentwickelten Industrieländern (vgl. Tabelle 7). Damit erweist sich die auch im vergangenen Jahr weiter gestiegene Bedeutung der mittel- und osteuropäischen Märkte (einschließlich Russlands) nun nicht mehr als deutlicher Vorteil für die ostdeutschen Exporteure.

Tabelle 8 zeigt die exportgewichtete Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 36 wichtiger ost- und westdeutscher Handelspartnerländer seit dem Jahr 2007. Während der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts der Handelspartnerländer mit den ostdeutschen Exportanteilen gewichtet im Jahr 2007 noch um fast vier zehntel und im vergangenen Jahr immer noch um drei zehntel Prozentpunkte höher lag als bei Gewichtung mit den Exportanteilen Westdeutschlands, liegt im laufenden Jahr der prognostizierte Rückgang des exportgewichteten Bruttoinlandsprodukts der Handelspartner für Ostdeutschland nur um einen zehntel Prozentpunkt niedriger als für Westdeutschland.

Tabelle 8:
Exportgewichtete Auslandsnachfrage

	Exportgewichtetes Bruttoinlandsprodukt der Handelspartner (<i>reale Veränderungen gegenüber Vorjahr in %</i>) ^a		
	2007	2008	2009 ^b
Westdeutschland	3,76	1,82	-3,05
Ostdeutschland	4,14	2,12	-2,96

^a Gegenüber 36 Ländern. – ^b Prognosen des IWF; Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IWF; Berechnungen des IWH.

Trotz dieser verschlechterten Perspektiven werden die ostdeutschen Ausfuhren aber nicht in dem Maß einbrechen wie die der Alten Bundesländer. Dazu trägt, neben der nach wie vor leicht begünstigten Regionalstruktur der Exporte, die vorteilhafte Position der Neuen Bundesländer bei den Lohnstückkosten sowie das starke Streben ostdeutscher Exportgüterproduzenten auf die Auslandsmärkte, das als wesentliche Ursache für den höhe-

ren Wachstumspfad der ostdeutschen Exporte in den vergangenen Jahren anzusehen ist, bei. Zudem werden aufgrund der geringeren Exportorientierung der ostdeutschen Industrie die Rückwirkungen des globalen Nachfrageeinbruchs auf die ostdeutsche Produktion geringer ausfallen als in Westdeutschland. Alles in allem werden die ostdeutschen Ausfuhren im laufenden Jahr um 12% zurückgehen.

Moderater Einbruch der Warenlieferungen in die Alten Bundesländer dank Konsumstabilisierung

Der konjunkturelle Einbruch hat auch Spuren in den Warenlieferungen der Unternehmen nach Westdeutschland hinterlassen. Auf das gesamte Jahr 2008 bezogen gab es zwar noch Zuwächse um 4%, die Steigerungsraten haben sich jedoch mehr als halbiert. Sie waren allerdings doppelt so hoch wie bei den Lieferungen in das Ausland (vgl. Tabelle 9). Ausschlaggebend dürfte der relativ hohe Anteil von Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes gewesen sein, deren Absatz weniger unter der Krise leidet als Kraftfahrzeuge und Maschinen sowie deren Zulieferproduktion.

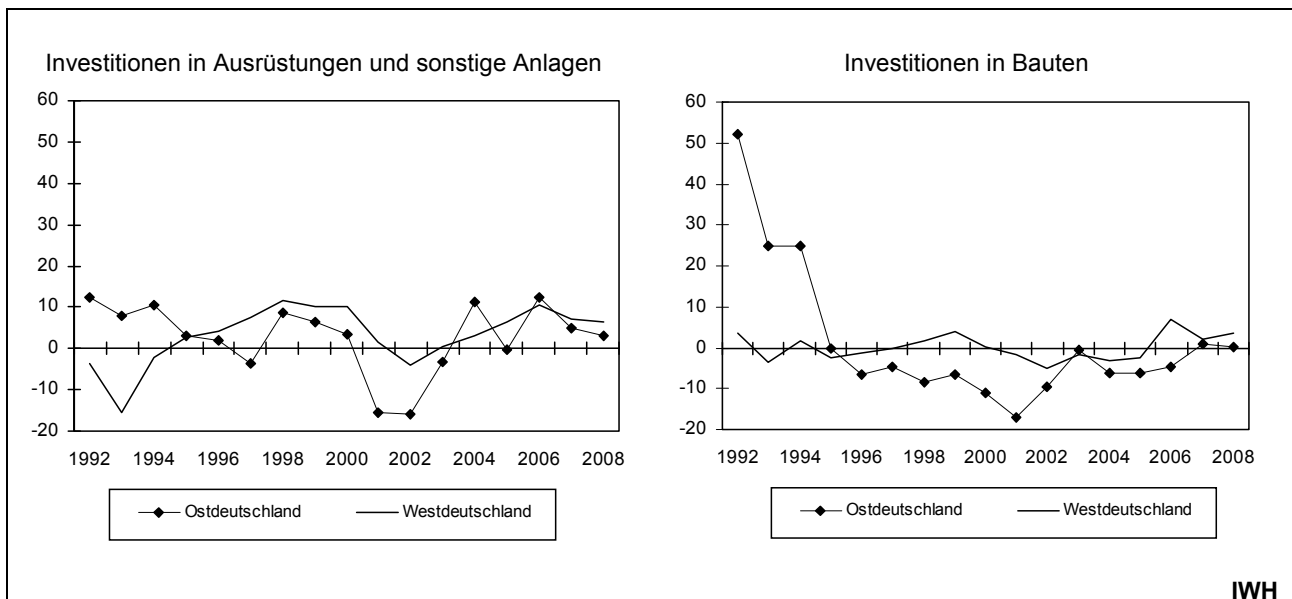
Tabelle 9:
Regionale Entwicklung des Umsatzes der ostdeutschen^a Industrie^b

	2006	2007	2008
	<i>in Mio. Euro</i>		
Westdeutschland	49 082	54 004	56 165
Ostdeutschland	38 252	42 259	44 129
Inland	87 334	96 263	100 294
Ausland	39 759	46 068	47 046
Insgesamt	127 093	142 331	147 340
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>		
Westdeutschland	-	10,0	4,0
Ostdeutschland	-	10,5	4,4
Inland	-	10,2	4,2
Ausland	-	15,9	2,1
Insgesamt	-	12,0	3,5

^a Neue Bundesländer ohne Berlin. – ^b Betriebe von Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel 2007 und 2008; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Abbildung 3:
Entwicklung der Investitionen in Ausrüstungen, sonstige Anlagen und Bauten im Ost-West-Vergleich^a
- Investitionen in Preisen von 2000, Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

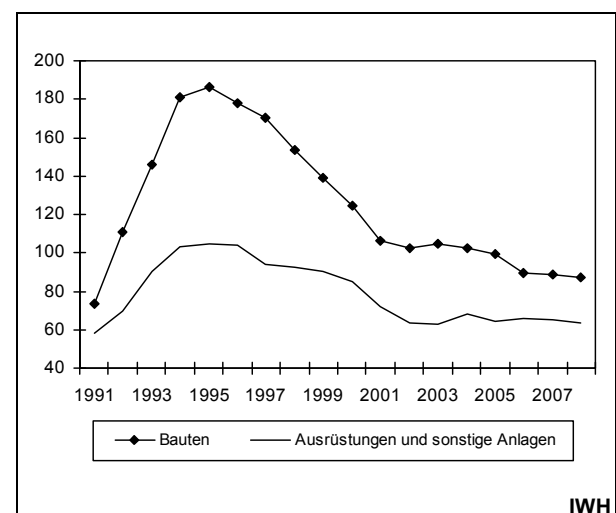
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2009); Statistisches Bundesamt; 2007 und 2008: Schätzung des IWH; Darstellung des IWH.

Investitionslücke bei den Ausrüstungen wurde auch im jüngsten Aufschwung nicht kleiner

Die Bruttoanlageinvestitionen der Neuen Bundesländer haben nach zehn Jahren Rückgang im Jahr 2006 – aktuellere amtliche Angaben liegen nicht vor – zugelegt. Dies ist ausschließlich einer kräftigen Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen zuzuschreiben (vgl. Abbildung 3). Die Diskussion um die Verlängerung der Investitionszulage hatte hier im Jahr 2006 zu deutlichen Vorzieheffekten geführt. So wurden mit einer Rate von fast 13% die Ausrüstungen im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands mehr als doppelt so kräftig erhöht wie in Westdeutschland. Im Aufschwung legten sie darüber hinaus im Handel, Gastgewerbe und Verkehr und nach langjähriger Zurückhaltung auch im Baugewerbe zu. In den beiden Jahren danach schwächte sich der Investitionsanstieg zwar etwas ab, die Investitionen blieben jedoch vor allem im Sog der kräftigen Exportkonjunktur aufwärtsgerichtet. Trotz der bereits ins Jahr 2006 vorgezogenen Investitionen ist es im Verarbeitenden Gewerbe nochmals zu Ausweitungen der Ausrüstungen gekommen,²¹ im Jahr 2007 auch deshalb, weil die

günstigen degressiven Abschreibungsbedingungen mitgenommen werden konnten. Bei Kapazitätserweiterungen zog dies auch den Wirtschaftsbau mit. Angesichts einer noch relativ guten Einnahmesituation konnte der öffentliche Sektor seine Investi-

Abbildung 4:
Ausrüstungs- und Bauinvestitionen pro Kopf^a
- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2009); Statistisches Bundesamt; Berechnungen, Schätzungen und Darstellung des IWH.

²¹ Laut ifo-Konjunkturtest war die Kapazitätsauslastung in der ostdeutschen Industrie in den Jahren 2007 und 2008 mit 86% bzw. 84% immer noch sehr hoch und veranlasste die Unternehmen, Erweiterungsinvestitionen durchzuführen.

tionsausgaben in etwa auf Vorjahresniveau halten. Dagegen wirkten sich im Wohnungsbau immer noch die Entzugseffekte infolge der Abschaffung der Eigenheimzulage und der Mehrwertsteuererhöhung negativ aus.

Alles in allem blieb das Investitionstempo für Aufschwungphasen aber eher verhalten. Pro Einwohner betrachtet besteht nach wie vor eine Investitionslücke gegenüber den Alten Bundesländern (vgl. Abbildung 4). Ausschlaggebend sind die deutlich geringeren Investitionsausgaben für Ausrüstungen, doch auch bei den Bauten besteht inzwischen eine Kluft gegenüber den Alten Ländern.

Unternehmen reagieren auf Krise mit Kürzung der Investitionen

In der Krise kürzen die ostdeutschen Unternehmen ihre Investitionsbudgets deutlich.²² Die Produktionskapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe unterschreiten inzwischen erheblich ihren durchschnittlichen Auslastungsgrad.²³ Die Nachfrage aus dem Ausland ist im Sog der internationalen Wirtschaftskrise regelrecht eingebrochen, auch die Bestellfähigkeit aus dem Inland hat im vergangenen Winterhalbjahr deutlich nachgelassen. Angesichts der Gewinneinbrüche und der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Konjunktur reduzieren die Unternehmen ihre Investitionspläne in erheblichem Maß, zumal die Finanzierungsbedingungen angespannt bleiben. Die stark verschlechterte Geschäftslage schmälert die Kreditwürdigkeit vieler Unternehmen und zieht Risikoaufschläge nach sich. Besonders kräftig werden die Ausgaben für Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten im laufenden Jahr reduziert (vgl. Tabelle 10).

Die öffentliche Hand wird die Investitionen im Prognosezeitraum ausweiten. Mit den Mitteln der Konjunkturpakete I und II werden Länder und Kommunen in die Lage versetzt, die Modernisie-

²² Laut IWH-Industrienumfrage waren die Unternehmen mit steigenden Investitionsausgaben im Jahr 2008 immer noch in der Mehrzahl, im laufenden Jahr befinden sich diese Unternehmen allerdings eindeutig in der Minderheit (Saldo aus Zunahme und Abnahme 2008: +2 Saldenpunkte, 2009: -20 Saldenpunkte). Eine solche Tendenzwende ist in allen fachlichen Hauptgruppen zu beobachten, mit -36 ist der Saldo aus Zunahme und Abnahme allerdings im Investitionsgütergewerbe außergewöhnlich hoch. Maßgeblich dafür dürfte der Nachfrageeinbruch besonders aus dem Ausland sein. So zeigt sich, dass signifikant häufiger Exportunternehmen ihre Investitionstätigkeit einschränken.

²³ Die Kapazitätsauslastung liegt im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe laut ifo-Konjunkturtest inzwischen bei 73%, nach durchschnittlich 84% im Jahr zuvor.

rung ihrer Infrastruktur und die energetische Sanierung voranzutreiben. Wegen notwendiger Planungsvorarbeiten dürften sofort nur die Mittel aus dem Konjunkturpaket I, und davon wohl nur Teile, wirksam werden, erst im späteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr beginnt das Paket II zu wirken.

Der Wohnungsbau bleibt rückläufig. Sowohl die Einkommens- und Vermögensentwicklung als auch die Verringerung der Zahl der Haushalte sprechen dafür, dass in diesem Jahr weniger Wohnungen neu gebaut werden. Die Nachfrage der privaten Haushalte nach Modernisierungsleistungen dürfte dagegen nur leicht nachgeben.

Tabelle 10:
Anlageinvestitionen in Ostdeutschland^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 2000 -

	2006	2007	2008	2009
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	12,3	5,0	3,0	-13,0
Neue Bauten insgesamt	-4,5	0,9	0,2	-4,0
davon:				
Wohnbauten	-4,8	-1,5	-1,5	-3,5
Nichtwohnbauten	-4,3	2,6	1,4	-4,3
Anlageinvestitionen	2,0	2,8	1,5	-8,3

^a Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2009); Statistisches Bundesamt; ab 2007: Schätzung und Prognose des IWH.

Privater Konsum auch in der Krise schwach, bremst jedoch den Produktionsrückgang

Die weltweite Finanz- und Konjunkturkrise wirkt mit zeitlicher Verzögerung auch auf Beschäftigung und Einkommen in Ostdeutschland. So nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland im Jahr 2008 zwar noch um 0,8% zu. In diesem Jahr wird sie aber fast wieder auf das Niveau von 2007 sinken.

Diese Entwicklung schlägt sich direkt in der Höhe der Löhne und Gehälter nieder. Wachsen diese im vergangenen Jahr aufgrund der insgesamt guten Beschäftigungslage noch um 3,1%, so wird deren Summe im Jahr 2009 schrumpfen. Der Rückgang wird dabei im Vergleich zu Westdeutschland abgemildert, da die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur weniger auf die Auslandsmärkte ausgerichtet ist.

Außerdem wird in der derzeitigen Krise besonders häufig auf Kurzarbeit zur Sicherung von Beschäftigung zurückgegriffen. Wenngleich dieses Instrument insbesondere in den industriellen Zentren in Süddeutschland genutzt wird, so findet es in geringerem Maß auch in Ostdeutschland Einsatz. Hinzu kommen der Abbau von Überstunden, die Streichung von Sonderzahlungen, aber auch zunehmend Entlassungen. All diese Maßnahmen werden letztlich zu einem Rückgang der insgesamt anfallenden Lohn- und Gehaltszahlungen führen (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11:
Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland^a

	2007	2008	2009
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	3,5	3,1	-1,7
Monetäre Sozialleistungen	-3,3	-0,5	5,9
Selbstständigen- und Vermögenseinkommen	4,2	4,6	-0,3
Bruttoeinkommen insgesamt	1,4	2,3	1,2
<i>Nachrichtlich:</i> Masseneinkommen ^b (brutto)	0,7	1,7	1,6

^a Ohne Berlin. – ^b Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern und den monetären Sozialleistungen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2009); Angaben für 2008 und 2009 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

Einkommenssteigernd wirken hingegen die vereinbarten Tarifverdiensterhöhungen. Sie lagen im Jahr 2008 bei über 4,2% je Stunde (vgl. Tabelle 12, Abbildung 11). Die besonders hohen Steigerungsraten in Ostdeutschland waren das Ergebnis einzelner Tarifabschlüsse, die eine Angleichung an das westdeutsche Niveau vorsehen. Die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter je Beschäftigten stiegen jedoch weniger. Der Abstand der Bruttoverdienste vom Westniveau hat sich nicht verändert. (vgl. Abbildung 5).

Im Jahr 2009 wird sich der Anstieg der ostdeutschen Tarifverdienste je Stunde aufgrund der Krisensituation in Deutschland verringern. Zwar wirkt ein Teil der im Jahr 2008 vereinbarten Tarifsteigerungen noch bis in das Jahr 2009, und die zu Beginn dieses Jahres abgeschlossenen Tarifvereinbarungen haben sich teilweise an denen des Vorjahres orientiert, doch die danach erzielten Abschlüsse

sehen bereits geringere Steigerungsraten vor. Die effektiv gezahlten Verdienste je Beschäftigten werden hingegen aufgrund von Kurzarbeit und betrieblich vereinbarter Arbeitszeitverkürzung oder Lohnverzicht insgesamt stagnieren (vgl. Tabelle 12).

Tabelle 12:
Verfügbares Einkommen, Konsumausgaben und Ersparnis der privaten Haushalte in Ostdeutschland^a

	2007	2008	2009
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Verfügbares Einkommen, nominal	0,6	2,1	0,0
real	-0,7	-0,2	0,0
Private Konsumausgaben, nominal	0,7	1,5	0,0
real	-1,1	-0,8	0,0
Ersparnis	1,0	9,6	1,1
Sparquote ^b	9,3	9,9	10,0
Konsumdeflator	1,9	2,3	0,0
<i>Nachrichtlich:</i> Tariflöhne je Stunde	1,8	4,2	2,5
Effektivlöhne je Arbeitnehmer	1,5	2,2	0,2
Bruttolöhne und -gehälter (Inland)	3,4	3,1	-1,1
Reale private Konsumausgaben je Einwohner	-0,4	-0,1	0,8

^a Ohne Berlin. – ^b Ersparnis in % der verfügbaren Einkommen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2009); Angaben für 2008 und 2009 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

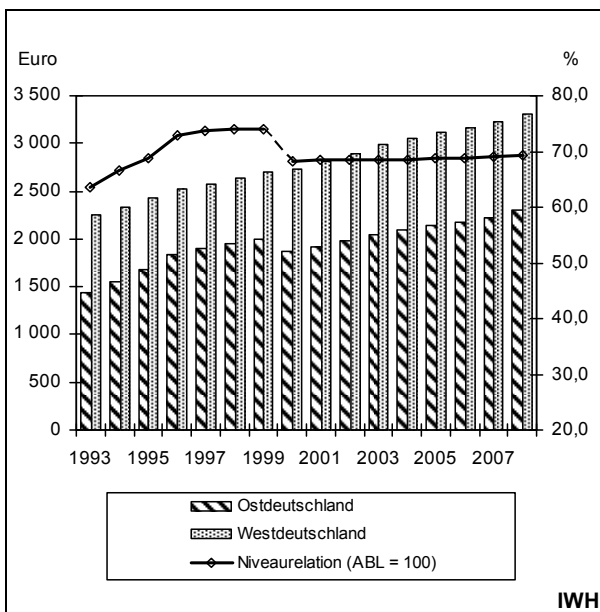
Die Einkommen der Selbstständigen und die Einkommen aus Vermögen sind im Jahr 2008 trotz Finanzkrise weiter stark gewachsen. Wegen der geringen ostdeutschen Vermögen dürfte dazu der hohe Anteil der Selbstständigeneinkommen beigetragen haben. So konnten beispielsweise realisierte Vermögensverluste durch die im vergangenen Jahr noch hohen Einkommenszuwächse aus selbstständiger Tätigkeit überkompensiert werden. 2009 wandelt sich jedoch auch hier das Bild. Durch die Wirtschaftskrise werden diese Einkommen ebenfalls zurückgehen.

Die monetären Sozialleistungen sind im vergangenen Jahr noch einmal gesunken – wenngleich nur sehr gering. In diesem Jahr wird sich jene Entwicklung allerdings nicht fortsetzen. Vielmehr ist eine Umkehr der Tendenz zu erwarten. So sind in

Ostdeutschland zum 1. Juli 2009 die Renten um 3,38% angehoben worden. Diese Erhöhung ergibt sich aufgrund der vergangenen Anstiege der Bruttolöhne und -gehälter, die als Berechnungsgrundlage für die Rentenzahlungen dienen. Mit der Anhebung der Renten ist ebenfalls ein Anstieg der ALG-II-Sätze verbunden. Das Kindergeld wurde bereits erhöht.

Ebenfalls stark steigen in diesem Jahr die Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. Sie gleichen allerdings nur teilweise den Ausfall an Lohn- und Gehaltszahlungen der betroffenen Personen aus. Der kräftige Anstieg der monetären Sozialleistungen trägt in der gegenwärtigen Krise zu einer Stabilisierung der verfügbaren Einkommen bei. Diese bilden die Grundlage für die Konsumausgaben der Haushalte und die finanziellen Rücklagen (Sparen).

Abbildung 5:
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer^a in Ost- und Westdeutschland^b



^a Produzierendes Gewerbe, Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen. – ^b Regionale Abgrenzung: bis 1999 Ostdeutschland mit Berlin-Ost, ab 2000 Ostdeutschland ohne und Westdeutschland ein mit Berlin. – ABL: Alte Bundesländer.

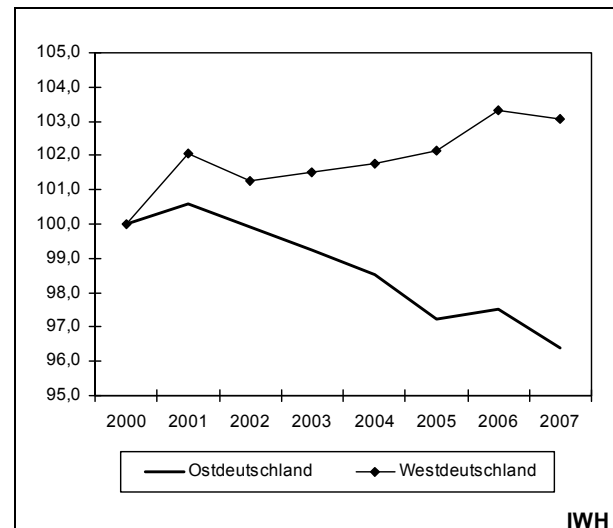
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Käufe der privaten Haushalte von Waren und Dienstleistungen bilden die größte Komponente des Bruttoinlandsprodukts. Bleiben die Einkommen der Haushalte und daraus folgend auch der private Konsum stabil, so kann die Übertragung der Krise aus dem Exportgeschäft auf die Binnenwirtschaft zumindest abgemildert werden.

Allerdings sanken in den vergangenen Jahren in Ostdeutschland regelmäßig die real verfügbaren Einkommen und damit einhergehend auch die Konsumnachfrage (vgl. Abbildung 6). Einfluss darauf hatte nicht zuletzt die sinkende Einwohnerzahl im östlichen Deutschland. Zudem konnten beispielsweise im vergangenen Jahr die Haushalte trotz höherer Ausgaben weniger Waren und Dienstleistungen verbrauchen, da die Preise 2008 stark gestiegen waren. Dieser Preisauftrieb ist gegenwärtig vollständig zum Erliegen gekommen. Konstante Preise und stabile Einkommen stützen die Konsumnachfrage in diesem Jahr.

Insbesondere wirkt hier ein Impuls aus dem Konjunkturprogramm: In Ostdeutschland stieg die Nachfrage nach Pkw, die über die so genannte „Abwrackprämie“ subventioniert werden, besonders stark. Nicht unproblematisch hierbei ist, dass die starke Zunahme des Pkw-Umsatzes gleichzeitig in anderen Bereichen die Nachfrage sinken lässt. Geht man davon aus, dass viele Haushalte den Kauf eines neuen Pkw auf Kredit finanzieren, so schränkt dies zudem deren finanzielle Möglichkeiten in der Zukunft ein.

Abbildung 6:
Entwicklung der realen privaten Konsumausgaben - Index 2000 = 100 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Wenig Rückhalt von der Vermögenssituation der privaten Haushalte in der Krise

In der Krise ist das Risiko für Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit besonders hoch. In dieser Situation bestimmt das vorhandene finanzielle Vermögen der privaten Haushalte den Grad der Abhängigkeit

von öffentlichen sozialen Transfers, um laufenden Ausgaben (z. B. Mieten) und Zahlungsverpflichtungen (z. B. Kredite) weiter nachzukommen. Auch hängen von dem vorhandenen finanziellen Vermögen oft die Handlungsmöglichkeiten für eine Neuorientierung – sei es in Form von Weiterbildung oder Mobilität – ab, die notwendig sein können, um die Erwerbstätigkeit zu sichern oder neu aufzunehmen.

Die privaten Haushalte in Ostdeutschland verfügten im Jahr 2007 durchschnittlich über 6 909 Euro an Nettovermögen je Person ab 17 Jahren.²⁴ Bei dieser Größe handelt es sich um den Medianwert, der den Schwellenwert anzeigt, bei dem 50% der Bevölkerung ein geringeres Nettovermögen besitzen und 50% ein höheres. Von der Hälfte der Bevölkerung, die weniger als 6 909 Euro Nettovermögen ihr Eigen nennen können, verfügen knapp zwei Drittel über gar kein Nettovermögen oder sind sogar im Saldo verschuldet.²⁵ Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Ostdeutschland kein bzw. kaum Vermögen besitzt. Die Abhängigkeit von Sozialtransfers oder von der finanziellen Unterstützung durch Verwandte und Bekannte ist bei diesen Personen schon kurzfristig akut. Kürzungen an dieser Stelle führen hier schnell zu einer existenziellen Notsituation.

Doch auch der wohlhabendere Teil der Bevölkerung verfügt über ein vergleichsweise geringes Nettovermögen. So besitzen die reichsten 10% aller Personen in Ostdeutschland mindestens 90 505 Euro je Person.²⁶ In Westdeutschland beträgt das Nettovermögen des reichsten Dezentils jedoch mindestens 250 714 Euro je Person.²⁷ Ursächlich für den Rückstand in Ostdeutschland ist neben dem geringeren Anfangsbestand der Vermögen im Jahr 1990 auch der wirtschaftliche Umbau, der letztlich die geringeren Erwerbseinkommen und die niedrigeren Immobilienpreise in Ostdeutschland mit verursacht. Zudem ist die Sparquote fast über den gesamten Zeitraum nach 1990 niedriger als die in Westdeutschland geblieben (vgl. Abbildung 7), was dem Vermögensaufbau nicht dienlich war. Vergleicht man die absolut gesparten Beträge in

²⁴ Vgl. FRICK, J. R.; GRABKA, M.: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. Wochenbericht des DIW Berlin 4/2009, S. 57. In diesen Wert fließen neben dem finanziellen Vermögen auch die Immobilienwerte mit ein. Schulden werden abgezogen.

²⁵ Ebenda.

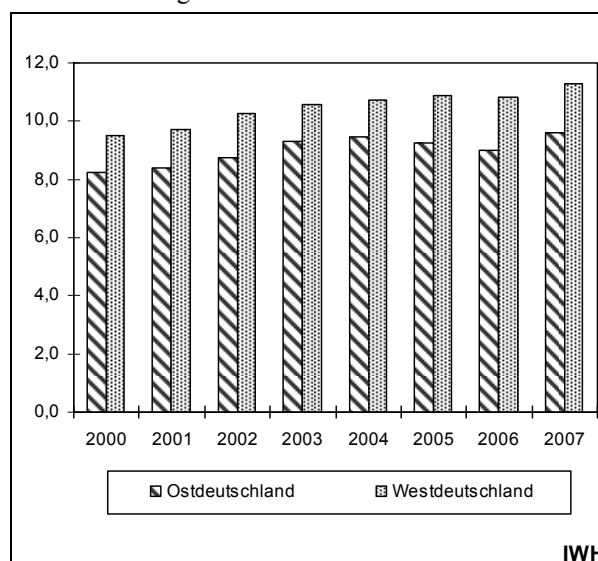
²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

Ost- und Westdeutschland, zeigt sich der Unterschied noch deutlicher (vgl. Abbildung 8).

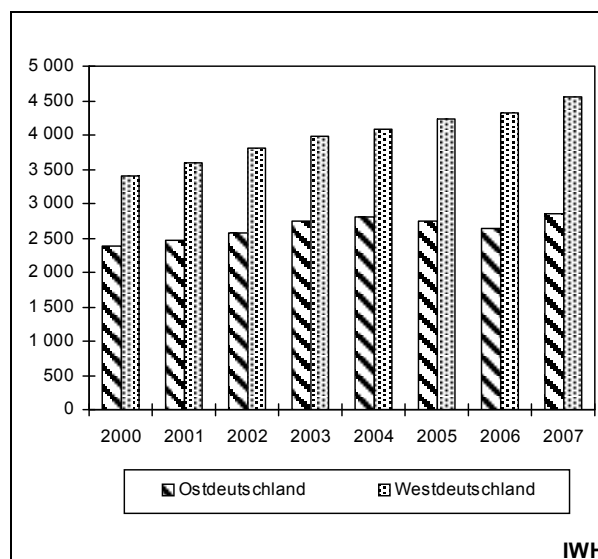
Auch in diesem Jahr steigt die Sparquote nur minimal, da mit dem Konjunkturprogramm Ausgaben für Pkw-Käufe angeregt werden. Dies dürfte die bereits bestehenden Vermögensunterschiede weiter verfestigen. So hatten die Ostdeutschen im Jahr 2007 durchschnittlich 11 000 Euro als Geldvermögen sowie in Versicherungen und Bauspar-

Abbildung 7:
Sparquote der privaten Haushalte
- in % des verfügbaren Einkommens -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

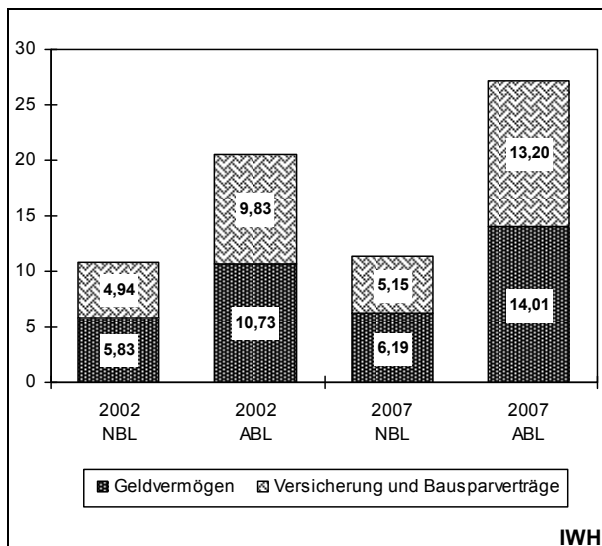
Abbildung 8:
Ersparnis je Haushalt und Monat
- in Euro -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

verträgen angelegt (vgl. Abbildung 9).²⁸ In Westdeutschland hingegen besaß die Bevölkerung durch-

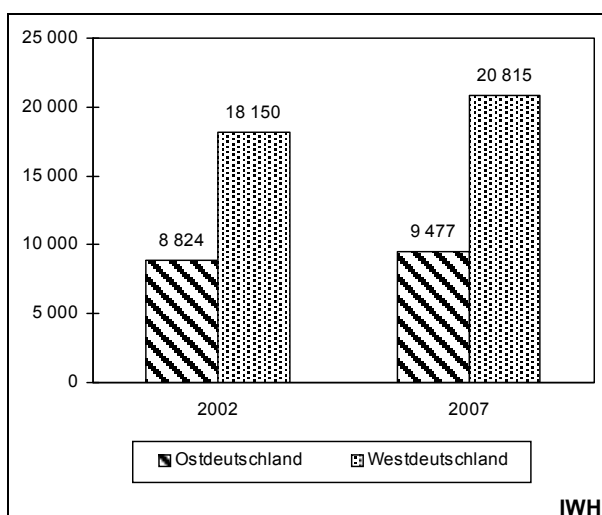
Abbildung 9:
Geldvermögen^a und Höhe von Versicherung und Bausparverträgen^b (pro Person)
- in 1 000 Euro -



^a Durchschnittlich; Geldvermögen = Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien und Investmentanteile. – ^b Durchschnittliche Höhe der Rückkaufwerte von Lebensversicherungen, Rentenversicherungen und angesparten Beträgen in Bausparverträgen. NBL: Neue Bundesländer; ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Abbildung 10:
Schulden aus Hypotheken und Konsumentenkrediten (pro Person)
- in Euro -



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

²⁸ Ebenda, S. 60, und Berechnungen des IWH (arithmetisches Mittel).

schnittlich mehr als 27 000 Euro an diesen Vermögensarten.²⁹ Die Verteilung innerhalb der Bevölkerung ist dabei sehr ungleich. Jeweils ca. die Hälfte aller Personen hat kein Eigentum an Geld bzw. in Form von Versicherungen.

Bislang haben sich die ostdeutschen Haushalte weniger verschuldet als die westdeutschen (vgl. Abbildung 10). Ausschlaggebend dafür sind weniger die Konsumentenkredite als vielmehr die Finanzierungen zum Kauf von Immobilien, da in Ostdeutschland die Immobilienpreise oft niedriger sind. Alles in allem weisen die wesentlich geringeren Vermögenswerte der ostdeutschen Haushalte, die zudem noch sehr ungleich verteilt sind, auf ein hohes Risiko in der tiefen Rezession hin.

Entwicklungen im Unternehmenssektor

Die ostdeutschen Unternehmen haben zwar im Durchschnitt des vergangenen Jahres ihre Wertschöpfung noch einmal erhöht, mit dem Übergreifen der Weltfinanzkrise auf die Realwirtschaft hat sich die Situation im späten Verlauf des Jahres jedoch grundlegend geändert. Die Produktion wurde zurückgefahren, und der drei Jahre anhaltende Beschäftigungsaufbau lief aus. In diesem Jahr wird die Produktion der Unternehmen infolge der Verschärfung des Nachfrageeinbruchs in den ersten Monaten um 6% unter den Vorjahresstand fallen.

Infolge der üblichen Verzögerung bei der Anpassung der Beschäftigung an das gesunkene Produktionsniveau stieg die Arbeitsproduktivität im Jahresdurchschnitt 2008 deutlich langsamer als zuvor (vgl. Tabelle 15). Der Produktivitätsabstand gegenüber Westdeutschland verringerte sich jedoch ein weiteres Mal, da dort der Produktionsrückgang schärfer ausfiel (vgl. Tabelle A5 im Anhang). Die Arbeitskosten legten in Ostdeutschland unvermindert zu, sodass auch die Lohnstückkosten das zweite Jahr in Folge zunahmen. Allerdings blieb der Zuwachs abermals gegenüber Westdeutschland zurück, und die Position der ostdeutschen Unternehmen im Kostenwettbewerb verbesserte sich weiter. Der Vorsprung des ostdeutschen Unternehmenssektors belief sich im Jahr 2008 auf 9%.

Tariflohnanstieg in der Krise verlangsamt

Trotz Zunahme der Arbeitskosten konnten die ostdeutschen Unternehmen ihren Lohnvorteil auch im

²⁹ Ebenda und Berechnungen des IWH (arithmetisches Mittel).

Tabelle 13:
 Tarifierorientierung in den Betrieben Ostdeutschlands^a im Jahr 2008
 - Anteil der Betriebe in % -

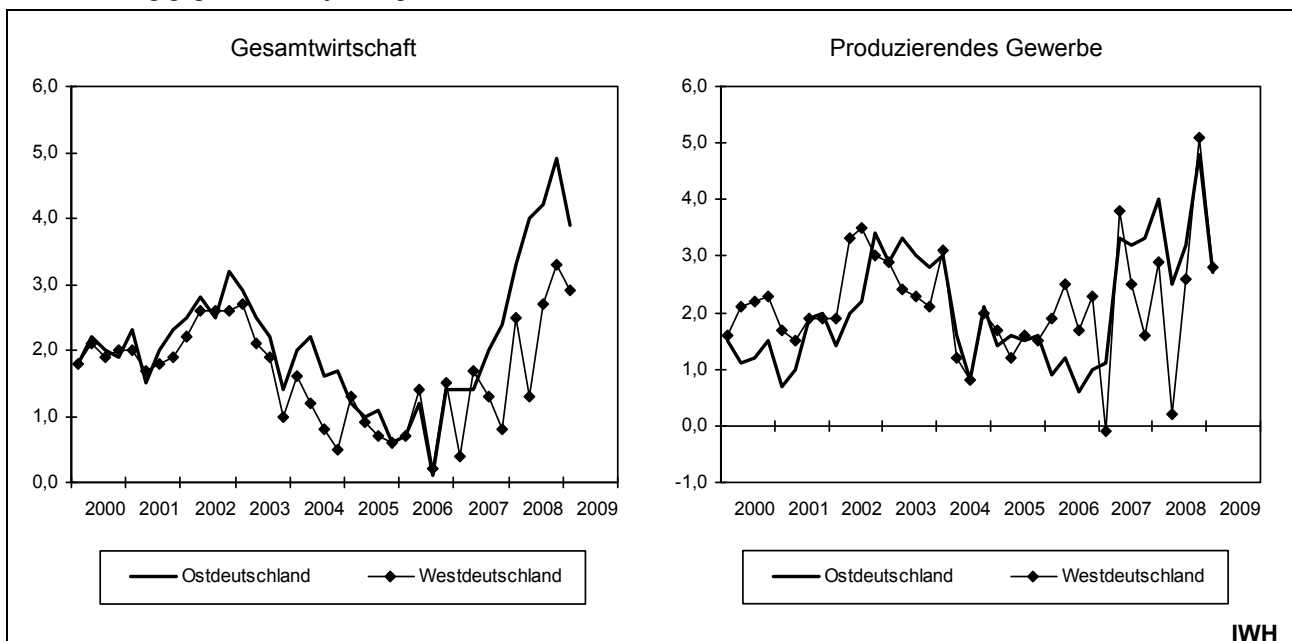
	Branchentarif- vertrag	Haustarif- vertrag	Vergleichbare tarifliche Entlohnung	Ohne Orientierung
Landwirtschaft	8	4	27	61
Bergbau/Energie/Wasser	38	16	19	27
Verarbeitendes Gewerbe	18	4	37	41
Ernährungsgewerbe	27	2	39	32
Verbrauchsgüter	9	3	28	60
Vorleistungsgüter	20	4	34	42
Investitions-/Gebrauchsgüter	15	6	38	41
Baugewerbe	38	3	32	27
Handel/Reparatur	16	5	32	47
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	13	6	29	52
Kredit-/Versicherungsgewerbe	28	5	20	47
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	13	4	23	60
Sonstige Dienstleistungen	22	3	32	43
Organisationen ohne Erwerbszweck	20	11	18	51
Ostdeutschland insgesamt 2008	21	4	30	45
<i>Nachrichtlich 2007</i>	20	4	31	45
<i>Nachrichtlich Westdeutschland: 2008</i>	34	3	26	37

^a Ostdeutschland hier mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2008; Berechnungen des IWH.

Abbildung 11:
 Tariflohnentwicklung auf Stundenbasis in der Gesamtwirtschaft und dem Produzierenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands

- Veränderung gegenüber Vorjahresquartal -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Darstellung des IWH.

Jahr 2008 behaupten. Je Arbeitnehmer fielen in den Unternehmen wie im Jahr zuvor 30% weniger Arbeitskosten als in Westdeutschland an. Inzwischen haben die Tarifparteien auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage reagiert. Der seit 2007 beobachtete raschere Anstieg der Tariflöhne in Ostdeutschland hat sich zu Beginn dieses Jahres abgeschwächt. Allerdings übertraf er in der Gesamtwirtschaft die Verhältnisse in Westdeutschland aufgrund von Nachholeffekten erneut deutlich.

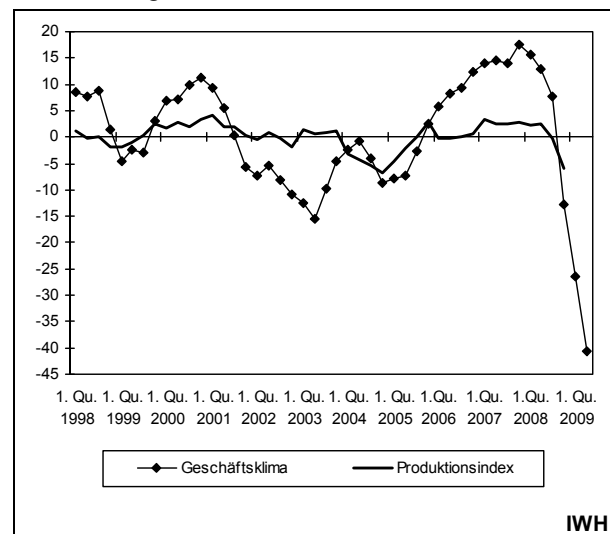
Eine Vielzahl von Betrieben in Ostdeutschland beschäftigt die Arbeitnehmer ohne Tarifvertrag. Die Tariffucht ist nach wie vor beträchtlich und deutlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Sie hat sich im Jahr 2008 jedoch nicht verstärkt (vgl. Tabelle 13). Reichlich die Hälfte der Betriebe entlohnt nach einem Branchentarifvertrag bzw. orientiert sich zumindest an einem Flächen- oder Haustarifvertrag. Besonders hoch ist die Tariffucht im Dienstleistungssektor und dort unter den Anbietern unternehmensnaher Dienste. Auch die Hersteller industrieller Güter erzielen in großer Zahl ihren Arbeitskostenvorteil durch Lohnzahlungen ohne Orientierung an Tarifverträgen.

Im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands ist die Tariflohnentwicklung nach der Aufholphase im Jahr 2007 ab Mitte des vergangenen Jahres ähnlich wie in Westdeutschland verlaufen. Erste Krisensignale haben in beiden Gebietsteilen ähnlich dämpfend gewirkt. Auch hatten die Tarifparteien entsprechende Klauseln in den Verträgen vereinbart. Hinzu kommt, dass die Steigerungen der Tariflöhne gerade in der Krise nicht voll wirksam werden dürften. Die tatsächlich gezahlten Löhne werden in dieser Phase langsamer als tariflich vereinbart steigen. Der Lohnabstand Ostdeutschlands wird sich in der Krise gegenüber dem Westdeutschlands nicht verringern. Ein Vollzeitbeschäftigter im Unternehmenssektor Ostdeutschlands kam mit seinem monatlichen Bruttoverdienst im Jahr 2008 auf knapp 70% des Standes in Westdeutschland (vgl. Abbildung 5).

Industrie – Verlierer in der Krise

Das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe – seit dem Jahr 2000 der Wachstumsführer in der ostdeutschen Wirtschaft – war bereits in den letzten Monaten des vergangenen Jahres der globalen Finanz- und Konjunkturkrise hart ausgesetzt. Die Produktion sank infolge des tiefen Nachfrageeinbruchs – zunächst im Ausland, dann aber auch im Inland – dramatisch, und der Rückgang setzte sich im gesamten Winterhalbjahr forciert fort (vgl. Abbildung 12),

Abbildung 12:
Geschäftsklima und Produktionsindex^a im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



^a Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen, Berechnungen und Darstellung des IWH.

bevor er, wie die aktuellen Konjunkturindikatoren zeigen, an Kraft verlor. Im zweiten Quartal stabilisierte sich die Nachfrage auf niedrigem Niveau, und die Erwartungen der Unternehmen sanken nicht weiter. Wegen der geringeren Orientierung auf die Auslandsmärkte und des kleineren Gewichts der von der Krise am stärksten erfassten Branchen fällt zwar der Absturz der industriellen Produktion in Ostdeutschland nicht ganz so stark wie in Westdeutschland aus, ein solcher Rückschlag ist jedoch seit der Transformationskrise Anfang der 90er Jahre nicht mehr beobachtet worden. In diesem Jahr wird die industrielle Wertschöpfung den Vorjahresstand um rund 16% unterschreiten. Mit den größten Einbußen müssen die Hersteller von Kraftwagen und Teilen, die Maschinenbauer, die Elektrotechnik, die Metallindustrie und die in Ostdeutschland überdurchschnittlich präsenste Chemische Industrie rechnen.

Der Wachstumsführer unter den Industriebranchen, die Produzenten von Elektrotechnik, und darunter die Solarindustrie, mussten sich infolge der nachlassenden öffentlichen Förderung und des eingeschränkten Zugangs zu privaten Mitteln in der Finanzkrise bereits gegen Ende 2008 auf deutlich

Tabelle 14:
Entwicklung der Produktion im ostdeutschen Produzierenden Gewerbe^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2007	2008
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	7,2	1,7
Vorleistungsgüter	13,0	3,2
Investitionsgüter	10,7	6,0
Konsumgüter	1,0	-2,9
Ausgewählte Branchen		
DK Maschinenbau	10,6	11,7
DJ Metallindustrie	10,1	6,9
DL Elektrotechnik	23,3	6,4
CB Gewinnung Steine/Erden	-12,3	6,3
DH Gummi-, Kunststoffindustrie	9,4	3,1
DG Chemische Industrie	10,4	0,7
DN Möbelherstellung u. a.	3,6	0,6
DM Fahrzeugbau	11,9	0,3
DI Verarbeitung Steine/Erden	1,8	-4,3
DA Ernährungsgewerbe, Tabak	1,1	-4,8
DD Holzgewerbe	-1,5	-5,3

^a Ostdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

schrumpfende Absatzmärkte einstellen. Dagegen wird dem größten Industriebereich in Ostdeutschland, dem Ernährungsgewerbe, die Stabilisierung des privaten Konsums in der Krise zugutekommen.

Der Krisenbeginn schlug sich im vergangenen Jahr nicht nur in der Abflachung des industriellen Wachstums nieder, sondern auch in Kostenbelastungen und Produktivitätsentwicklungen. Trotz deutlicher Verringerung der Produktionszunahme wurde die Beschäftigung nochmals deutlich ausgeweitet (vgl. Tabelle 15). Auf 1 000 Einwohner kamen inzwischen wieder 71 Industriebeschäftigte. Das entsprach 72,5% des Standes in Westdeutschland. Die Produktivität stieg wesentlich langsamer als in den vorangegangenen Jahren. In Westdeutschland ist sie sogar wegen der verzögerten Anpassung der Beschäftigung an den Produktionseinbruch gesunken, sodass sich die Produktivitätslücke Ostdeutschlands auf 22% verringert hat. Auch der Anstieg der Arbeitskosten ließ in Ost wie West nach. Ein Arbeitnehmer kostete die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland allerdings nach wie vor rund ein Drittel weniger Lohn- und Lohnnebenkosten als in

Tabelle 15:
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten in ausgewählten Wirtschaftsbereichen^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2005	2006	2007	2008
Verarbeitendes Gewerbe				
Bruttowertschöpfung ^b	8,0	10,4	9,7	3,8
Beschäftigung	-0,7	1,0	3,6	2,9
Produktivität ^c	8,8	9,3	5,9	0,8
Arbeitskosten ^d	1,2	3,3	2,2	1,1
Lohnstückkosten ^e	-7,0	-5,5	-3,5	0,3
Baugewerbe				
Bruttowertschöpfung ^b	-9,1	-2,8	1,8	0,8
Beschäftigung	-5,4	-1,0	0,9	-1,7
Produktivität ^c	-3,9	-1,8	0,9	2,5
Arbeitskosten ^d	0,1	2,1	3,0	2,0
Lohnstückkosten ^e	4,2	4,0	2,1	-0,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr				
Bruttowertschöpfung ^b	-2,2	4,5	-0,2	1,7
Beschäftigung	-1,6	-0,1	1,5	0,3
Produktivität ^c	-0,6	4,6	-1,7	1,4
Arbeitskosten ^d	1,7	2,1	1,1	2,5
Lohnstückkosten ^e	2,3	-2,4	2,8	1,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister				
Bruttowertschöpfung ^b	2,6	3,3	3,8	1,3
Beschäftigung	0,2	4,8	4,4	2,1
Produktivität ^c	2,3	-1,5	-0,5	-0,8
Arbeitskosten ^d	1,2	-1,7	2,2	2,1
Lohnstückkosten ^e	-1,1	-0,2	2,7	3,0
Unternehmen insgesamt^f				
Bruttowertschöpfung ^b	0,6	4,3	4,1	1,9
Beschäftigung	-1,8	0,9	2,5	1,1
Produktivität ^c	2,4	3,4	1,6	0,8
Arbeitskosten ^d	1,4	1,8	2,1	2,1
Lohnstückkosten ^e	-1,0	-1,6	0,5	1,3

^a Neue Länder ohne Berlin. – ^b Reale Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet, Basis = 2000). – ^c Reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – ^d Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – ^e Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – ^f Ohne private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2009); Berechnungen des IWH.

Westdeutschland. Für die Lohnstückkosten bedeutete die schnellere Steigerung der Arbeitskosten gegenüber der Arbeitsproduktivität erstmalig seit 1996 keinen Rückgang mehr. Infolge des Produktivitätsrückgangs im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe vergrößerte sich jedoch der Vorteil der ostdeutschen Anbieter bei den Lohnstückkosten weiter. Sie fielen im Jahr 2008 auf rund 82% des Standes in Westdeutschland (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

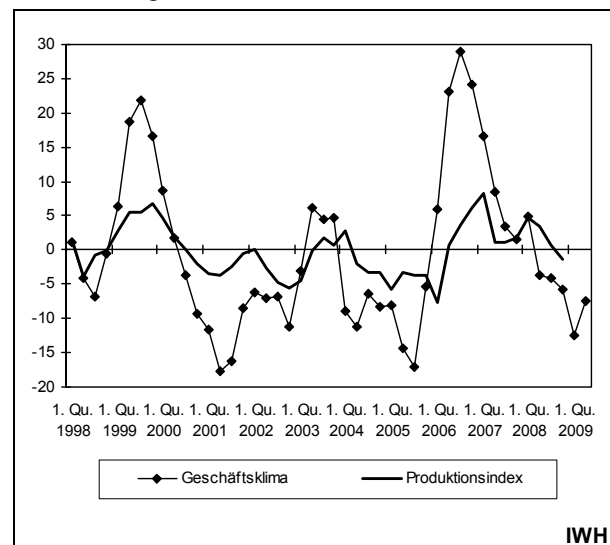
Gegenüber den Anbietern industrieller Produkte aus Mitteleuropa verlief die Kostenentwicklung in den vergangenen Jahren dagegen sehr differenziert. Mit Ausnahme von Polen sind auch dort die Lohnstückkosten gesunken. Lediglich in Slowenien, Tschechien und Rumänien übertrafen sie im Jahr 2006 – aktuellere Angaben liegen nicht vor – den Stand im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Tabelle A4 im Anhang).

Bauproduktion profitiert von Konjunkturpaketen

Das ostdeutsche Baugewerbe hat im Zuge des deutschlandweiten Aufschwungs in den beiden zurückliegenden Jahren zulegen können. Allerdings fiel der Zuwachs an Beschäftigung im Jahr 2007 geringer aus als im Jahr zuvor, und 2008 wurde sogar Personal abgebaut. So stieg die Produktivität in beiden Jahren. Bei steigenden Arbeitskosten hatten sich im Jahr 2007 die Lohnstückkosten zwar nochmals kräftig erhöht. Im zurückliegenden Jahr konnte dieser Trend jedoch gebrochen werden: Die Arbeitskosten stiegen weniger stark als die Produktivität, und die Lohnstückkosten gingen erstmals seit 2002 wieder zurück. Da das westdeutsche Baugewerbe bei der Produktivität jedoch deutlich kräftiger zulegte, konnte es die Vorteile im Kostenwettbewerb – wie Tabelle A5 im Anhang ausweist – nochmals ausbauen.

Für das erste Quartal 2009 signalisieren die amtlich erhobenen Konjunkturdaten und die IWH-Baumfrage einen Produktionseinbruch, bedingt durch Ausfälle wegen des langanhaltenden harten Winters bei gleichzeitig rückläufigem Orderfluss. Diese Tendenz wird sich jedoch nicht fortsetzen: Zum einen werden die witterungsbedingten Produktionsausfälle zügig nachgearbeitet. Zum anderen haben die Auftragseingänge und damit auch die Zuversicht der Unternehmen zuletzt wieder etwas zugenommen. Erste Mittel des Konjunkturpakets I werden wirksam, und im späteren Verlauf dieses Jahres erwarten die Unternehmen weitere Impulse aus dem Paket II. Nach wie vor dürften

Abbildung 13:
Geschäftsklima und Produktionsindex^a im ostdeutschen Baugewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



^a Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich für das Bauhauptgewerbe veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen, Berechnungen und Darstellung des IWH.

Tabelle 16:
Regionale Umsatzstruktur des Baugewerbes außerhalb der Neuen Bundesländer
- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

	Baugewerbe		darunter			
	Ausland	ABL	Hoch- und Tiefbau		Ausbau	
			Ausland	ABL	Ausland	ABL
2000	0,9	12,7	1,1	12,0	0,6	13,6
2002	1,4	16,6	2,9	14,6	1,0	19,3
2003	2,2	16,4	2,2	14,5	0,3	19,4
2004	2,8	18,5	4,1	14,3	0,9	25,2
2005	2,4	19,0	3,1	14,3	1,5	25,5
2006	1,2	20,9	1,2	16,5	1,2	27,4
2007	2,8	24,8	3,9	19,0	1,4	31,5

ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2001, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008 (auf Grundgesamtheit hochgerechnet); ab 2005: ohne Berlin-Ost; Berechnungen des IWH.

die ostdeutschen Bauunternehmen auch von der Baunachfrage in den Alten Bundesländern profitieren. Im Jahr 2007 realisierten sie laut IAB-Betriebspanel dort reichlich ein Fünftel des Umsatzes, das Ausbaugewerbe sogar knapp ein Drittel. Dabei konnten sowohl der Hoch- und Tiefbau als auch das Ausbaugewerbe ihre Marktposition in den Alten Bundesländern im zuletzt erfassten Jahr 2007 weiter ausdehnen.

Alles in allem werden die kräftig steigenden Ausgaben des Staates für Bauten die Nachfrageausfälle von Seiten der privaten Haushalte und Unternehmen im Durchschnitt dieses Jahr jedoch nur zum Teil ausgleichen können. Im nächsten Jahr dürfte die Bauproduktion allenfalls stagnieren. Die gesamtwirtschaftliche Erholung ist zu schwach, um Unternehmen und private Haushalte zur Aufstockung ihrer Investitionsbudgets anzuregen. Außerdem macht sich dann die angespannte Finanzlage der Kommunen zunehmend bemerkbar.

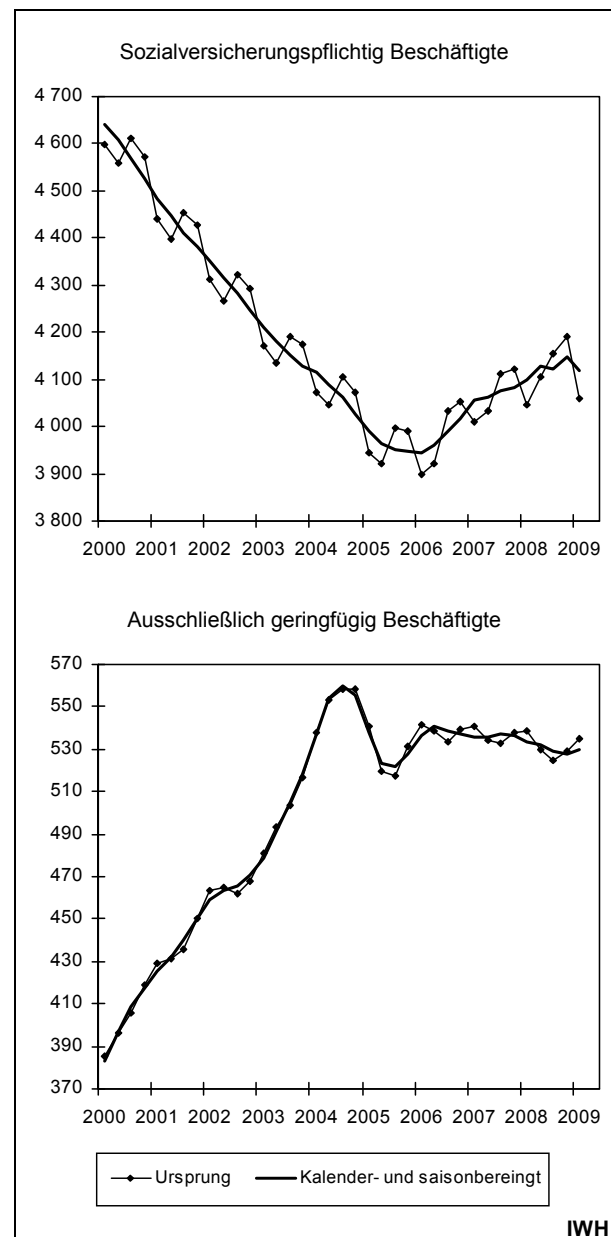
Unternehmensdienstleister im Sog der Krise

Mit Ausnahme des Kredit- und Versicherungsgewerbes spürten die privaten Dienstleister in Ostdeutschland im vergangenen Jahr recht wenig von der sich ausbreitenden Krise. Zwar bekamen das im Produktionsverbund mit dem Produzierenden Gewerbe stehende Verkehrs- und Nachrichtengewerbe sowie die Unternehmensdienstleister den Nachfragerückgang gegen Ende des Jahres zu spüren, die Entwicklung flachte jedoch lediglich ab. Mit der Verschärfung der Krise wird die Leistung im Verkehrs- und Nachrichtengewerbe deutlich um 8% sinken, bei Unternehmensdienstleistern mit 2% weniger stark.

Im Handel und Gastgewerbe dämpfte indes die anhaltende Konsumflaute die Entwicklung. Dagegen befanden sich die Gesundheits- und Pflegedienste weiter im Aufwind. Mit der Stabilisierung des privaten Konsums in diesem Jahr dürfte sich die Wertschöpfung in den konsumnahen Bereichen nur geringfügig ändern.

Insgesamt halbierte sich im vergangenen Jahr der Anstieg der Wertschöpfung im Dienstleistungssektor. Ausschlaggebend dafür war jedoch die Konsolidierung im Personalbereich der öffentlichen Verwaltung und des Erziehungs- und Unterrichtswesens. Auch wenn die Konsolidierung in diesem Jahr anhält, dürfte der Sektor der öffentlichen Dienstleistungen stabilisierend auf die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung wirken.

Abbildung 14:
Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Ostdeutschland^a
- in 1 000 Personen -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Der verhaltene Leistungsanstieg im Handel, Gastgewerbe und Verkehr wurde im vergangenen Jahr zumeist mit dem vorhandenen Personal abgedeckt. Beschäftigung wurde nur wenig aufgebaut, sodass die Produktivität im Durchschnitt stieg. Bei kräftig anziehenden Verdiensten erhöhten sich auch die Lohnstückkosten in diesem Bereich. Viel intensiver reagierten die Finanz-, Vermietungs-

Tabelle 17:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland^a 2007 und 2008

	2007	2008	Veränderung
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Arbeitnehmer	5 105	5 152	47
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4 067	4 125	58
Geförderte ^b	89	99	10
Nicht geförderte	3 978	4 025	47
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	537	530	-7
Ein-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	114	114	0
Sonstige	387	383	-4
Selbstständige einschließlich mithelfende Familienangehörige	636	634	-2
Geförderte Selbstständigkeit	66	44	-22
Ich-AG	18	24	6
Überbrückungsgeld	1	0	-1
Einstiegs geld (Variante: Selbstständigkeit)	42	15	-27
Gründungszuschuss	6	5	-1
Nicht geförderte Selbstständigkeit	570	590	20
Erwerbstätige (Inland)	5 741	5 786	45
<i>Darunter:</i>			
Geförderte Erwerbstätige ^c	269	257	-12
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>in Mio. Stunden</i>		
Arbeitsvolumen	8 561	8 602	41

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen; Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen; durch Personal-Service-Agenturen (PSA) betreute Personen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegs geld für abhängig Beschäftigte; Ein-Euro-Job (Entgeltvariante). – ^c Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung) sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2009); Berechnungen des IWH.

und Unternehmensdienstleister mit Neueinstellungen auf den Nachfrageanstieg. Sie stockten das Personal in einem Ausmaß auf, dass die Produktivität je Erwerbstätigen ein weiteres Jahr sank. Bei unvermindert starkem Anstieg der Verdienste er-

höhten sich hier die Lohnstückkosten kräftig. Verglichen mit den Entwicklungen in Westdeutschland führte dies jedoch nicht zu einem Wettbewerbsverlust. In beiden Sektoren blieben die Lohnstückkosten infolge des geringeren Verdienstniveaus in Ostdeutschland unter dem Stand in Westdeutschland. Im Handel, Gastgewerbe und Verkehr verharrten sie 2008 bei 93% und im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister nahe 90% (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

Arbeitsmarkt

Konjunktureller Einbruch erreicht ostdeutschen Arbeitsmarkt

Der ausgesprochen kräftige Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat im vergangenen Winterhalbjahr auch den ostdeutschen Arbeitsmarkt erreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen sank im vierten Quartal saisonbereinigt um 13 000 Personen bzw. 0,4% gegenüber dem Vorquartal, und im ersten Quartal dieses Jahres setzte sich die Abwärtstendenz fort: Die Zahl der Erwerbstätigen ging saisonbereinigt nochmals um 36 000 Personen bzw. 0,6% gegenüber dem Vorquartal zurück, in Westdeutschland waren es 0,3%. Der Rückschlag wäre deutlich stärker ausgefallen, wenn nicht durch den Abbau von Überstunden, das Abschmelzen von Arbeitszeitkonten und die Inanspruchnahme der großzügigen Regelungen von Kurzarbeit die Arbeitszeit drastisch verringert und ein großer Teil des scharfen konjunkturellen Einbruchs abgefangen worden wäre. So verringerte sich die geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen in Deutschland – regional getrennte Daten für Ost- und Westdeutschland liegen nicht vor – im ersten Vierteljahr 2009 saison- und kalenderbereinigt um 1,9%, die Zahl der Erwerbstätigen nahm hingegen nur um 0,3% ab.

Damit ging eine längere Phase der Besserung der Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt zu Ende, die dadurch gekennzeichnet war, dass zum ersten Mal seit der Vereinigung der ostdeutsche Arbeitsmarkt von einem konjunkturellen Aufschwung profitiert hatte:³⁰ Dies zeigte sich vor allem darin, dass zehn (!) Quartale in Folge die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland gestiegen war.

³⁰ BRAUTZSCH, H.-U.: Zur Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes im Aufschwung, in: WSI-Mitteilungen 9/2008, S. 486-491.

Insgesamt nahm zwischen den Jahren 2005 und 2008 die Zahl der Erwerbstätigen um 3,2% zu. Dabei sank die Zahl der staatlich subventionierten Beschäftigungsverhältnisse erheblich. Befördert wurde dies dadurch, dass im Vergleich zu den Jahren zuvor mehr Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt angeboten wurden.³¹ Das geleistete Arbeitsvolumen, das seit Mitte der 90er Jahre stetig zurückgegangen war, stieg um 2%, und die Unterbeschäftigung nahm – nicht zuletzt auch wegen des starken Rückgangs des Arbeitsangebots – um ein Viertel ab. Insgesamt wurde diese positive Tendenz durch die moderate Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren sowie die Senkung der Lohnnebenkosten begünstigt.

Die Ende des Jahres 2008 eingetretene Eintrübung der Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich bis Mitte dieses Jahres fortgesetzt; ein – verglichen mit dem drastischen Produktionsrückgang – erdrutschartiger Einbruch blieb jedoch bislang aus. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ging weiter zurück. Dies betraf vor allem das Baugewerbe, den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung und den öffentlichen Sektor. Auch bei den unternehmensnahen Dienstleistern sank die Beschäftigung wegen des Abbaus von Leiharbeitern.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg saisonbereinigt im ersten Quartal um 21 000 Personen bzw. 2,5% (Westdeutschland: 5,1%) gegenüber dem Vorquartal an, nachdem sie im vierten Quartal noch um 14 000 Personen abgenommen hatte. Im zweiten Quartal nahm sie um 9 000 Personen bzw. 1,0% (Westdeutschland: 5,1%) zu. Für diesen – gemessen am Beschäftigungsabbau – vergleichsweise schwachen Aufbau der registrierten Arbeitslosigkeit ist neben dem starken Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots vor allem die erhebliche Ausweitung der Kurzarbeit maßgebend. Viele Beschäftigte werden dadurch vor der offenen Arbeitslosigkeit bewahrt. Im ersten Quartal waren in Ostdeutschland knapp 140 000 Personen in Kurzarbeit. Bei einer durchschnittlichen Ausfallzeit von etwa 40% waren dies ca. 58 000 Personen in Vollzeitäquivalenten. In dieser Größenordnung wäre die Zahl der registrierten Arbeitslosen höher ausgefallen, sofern dieses arbeitsmarktpolitische Instrument nicht zur Verfügung gestanden hätte. Zudem hat die Neuausrichtung

³¹ Vgl. hierzu KETTNER, A.; SPITZNAGEL, E.: Stellenangebot geht zurück, bleibt aber auf hohem Niveau, in: IAB-Kurzbericht 7/2008.

der arbeitsmarktpolitischen Instrumente mit Wirkung zum 1. Januar 2009 Einfluss auf die Messung der registrierten Arbeitslosigkeit. Personen, für deren Vermittlung bisher Dritte beauftragt wurden, sind während der Beauftragung weiter als arbeitslos registriert worden. Diese Regelung entfiel, so dass diese Personen nicht mehr im Bestand der registrierten Arbeitslosen sind.³²

Auch die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots weist auf eine deutliche Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt hin. Im Durchschnitt des Jahres 2008 lag es um 18% unter dem Vorjahresstand; in Westdeutschland waren es knapp 10%. Das Stellenangebot am ersten Arbeitsmarkt ging sogar um fast 23% zurück (Westdeutschland: 10,1%).³³ Im ersten Quartal sank das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot hingegen in Westdeutschland erheblich stärker als in den Neuen Bundesländern.³⁴ Bis Mitte 2009 hat sich diese Tendenz fortgesetzt.

In der zweiten Jahreshälfte wird sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt deutlich verschlechtern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird wegen des anhaltend niedrigen Produktionsniveaus stark zurückgehen. Viele Unternehmen, die sich bisher vor allem mit dem arbeitspolitischen Instrument der Kurzarbeit dem kräftigen Nachfrage-rückgang entgegengestellt haben, müssen ihren Personalbestand anpassen. Da eine grundlegende Besserung der Konjunktur nicht in Sicht ist und damit dauerhafte Beschäftigungsperspektiven fehlen, können die Arbeitsplätze nicht nachhaltig gesichert werden.³⁵ Daran kann auch die vollständige Übernahme der Sozialabgaben durch den Staat

³² Im April 2009 waren Dritte für etwa 37 000 Personen in Ostdeutschland mit der Vermittlung nach § 37 SGB III alter Fassung beauftragt. Die Teilnahmen an diesem Instrument laufen ab Mai dieses Jahres sukzessive aus, und parallel erhöht sich die Zahl der Teilnehmer an den neuen Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung. Vgl. in diesem Zusammenhang den ausführlichen Methodenbericht BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009.

³³ Vgl. HECKMANN, M.; KETTNER, A.; REBIEN, M.: Einbruch in der Industrie – Soziale Berufe legen zu, in: IAB-Kurzbericht 11/2009, S. 2.

³⁴ Vgl. IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots 2005 bis 2009.

³⁵ Vgl. CRIMMANN, A.; WIESSNER, F.: Verschnaufpause dank Kurzarbeit, in: IAB-Kurzbericht 14/2009. – EICHHORST, W.; MARX, P.: Kurzarbeit – Sinnvoller Konjunkturpuffer oder verlängertes Arbeitslosengeld, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 5/2009, S. 322-328.

wenig ändern. Dies liegt darin begründet, dass die zunehmende Kostenbelastung insgesamt die Unternehmen zum Personalabbau zwingen wird, um eine Insolvenz abzuwenden.

Tabelle 18:
Prognose des ostdeutschen Arbeitsangebots und dessen Auslastungsgrad^a

		2008	2009
		<i>in 1 000 Personen</i>	
1	Erwerbsfähige ^b	8 722	8 564
2	Erwerbstätige (Inland) ^c	5 786	5 720
3	Pendlersaldo	394	330
4	Erwerbstätige (Arbeitsplätze) ^c	6 180	6 050
5	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 244	1 271
6	Registrierte Arbeitslose	890	935
7	Sonstige Unterbeschäftigte ^d	258	239
8	Stille Reserve i. e. S. ^e	97	97
9	Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial) ^f	7 269	7 321
10	Erwerbstätigenquote [(4)/(1)*100]	70,9	70,6
11	Erwerbsbeteiligungsquote [(9)/(1)*100]	82,2	82,5
12	Auslastungsgrad [(4)/(9)*100]	85,0	82,6

Erläuterung der Fußnoten vgl. Tabelle 3.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2009); Bundesagentur für Arbeit; Bach, H.-U.; Gartner, H.; Hummel, M.; Klinger, S.; Rothe, E.; Spitznagel, E.; Zika, G.: Arbeitsmarkt im Sog der Rezession, in: IAB-Kurzbericht 6/2009; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Auch während der Kurzarbeit durchgeführte Weiterbildungsmaßnahmen können nicht per se Beschäftigung garantieren. Dies liegt insbesondere daran, dass Weiterbildung dann ihren größten Nutzen entfaltet, wenn das betriebspezifische Know-how am angestammten Arbeitsplatz erhöht wird.³⁶ Kann dieser Arbeitsplatz trotz aller Gegenmaßnahmen nicht erhalten werden, wird die Beschäftigungsmöglichkeit der Betroffenen durch betriebs- und arbeitsplatzspezifische Bildungsinvestitionen

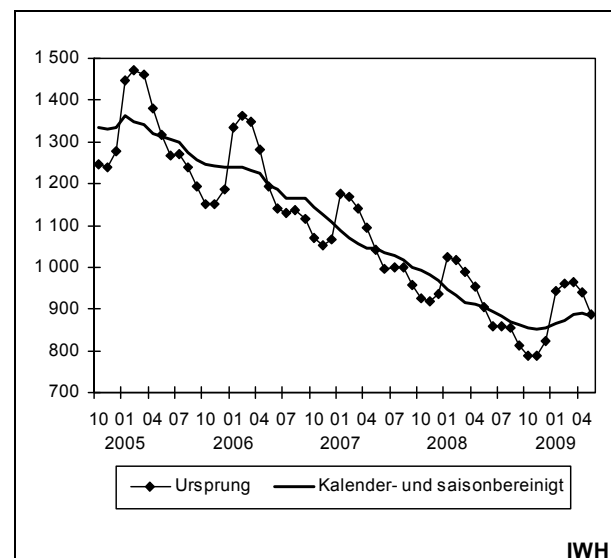
³⁶ Vgl. CRIMMANN, A.; WIESSNER, F., a. a. O., S. 8.

nicht wesentlich verbessert. Letztendlich bedeutet dies für den Einzelnen den Verlust des Arbeitsplatzes und für das Unternehmen den Zwang zur Anpassung des Personalbestandes an die veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Alles in allem wird die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr in Ostdeutschland sinken.³⁷ Wenn der Rückgang mit 66 000 Personen bzw. 1,2% etwas geringer ausfällt als in Westdeutschland, ist dies insbesondere darauf zurückzuführen, dass in den Neuen Bundesländern das Gewicht der Exportwirtschaft, die besonders unter der Krise leidet, geringer ist als in Westdeutschland. Vielmehr sind die Unternehmen stärker auf lokale Märkte ausgerichtet, die bislang weniger von der Krise betroffen sind. Hinzu kommt, dass sich die Zentren der Finanzwirtschaft in Westdeutschland befinden. Diese sind in besonders hohem Maß von den krisenbedingten Umstrukturierungen betroffen.

Der Rückgang der Beschäftigung wird sich nicht in vollem Umfang in einem Anstieg der Un-

Abbildung 15:
Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen 2006 und 2007 in Ostdeutschland^a
- in 1 000 Personen -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

³⁷ Vgl. auch: BACH, H.-U.; GARTNER, H.; HUMMEL, M.; KLINGER, S.; ROTHE, T.; SPITZNAGEL, E.; ZIKA, G.: Arbeitsmarkt im Sog der Rezession, in: IAB-Kurzbericht 6/2009. – BACH, H.-U.; GARTNER, H.; HUMMEL, M.; KLINGER, S.; SPITZNAGEL, E.; ZIKA, G.: Zwischenbericht zur IAB-Arbeitsmarktprojektion 2009 und 2010, 10.06.2009.

terbeschäftigung niederschlagen. Zum einen verringert sich – wie bereits in den Jahren zuvor – wegen der demographischen Entwicklung und der Wanderungsverluste das Arbeitsangebot. Zum anderen dürfte auch künftig die geänderte statistische Erfassung der Arbeitslosen, mit deren Vermittlung Dritte beauftragt werden, den Anstieg der registrierten Arbeitslosen dämpfen. Insgesamt dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in diesem Jahr um 45 000 Personen gegenüber dem Vorjahr steigen. Die Arbeitslosenquote wird von 13,3% im Jahr 2008 auf 14,0% in diesem Jahr zunehmen. Sie wird damit weiterhin etwa doppelt so hoch sein wie in Westdeutschland.

Fazit

Wirtschaftsstrukturelle Gründe bremsen Konjunkturunbruch

Die globale Finanz- und Konjunkturkrise hat auch die ostdeutsche Wirtschaft voll erfasst. Mit dem Nachfrageeinbruch auf den Auslandsmärkten und seinen Folgen für die Binnenkonjunktur wird die Produktion in diesem Jahr um 4,5% sinken (vgl. Tabelle 19). Dieser Rückgang fällt geringer als in Westdeutschland aus. Dies hat vor allem strukturelle Gründe. Die ostdeutsche Wirtschaft bietet infolge des niedrigeren Industrialisierungsgrads und der weniger entwickelten Orientierung auf die Auslandsmärkte geringere Angriffsflächen für Nachfrageeinbrüche aus der internationalen Wirtschaft. Hinzu kommen Vorteile aus der erneut gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Anbieter gegenüber westdeutschen.

Trotz geringerer Anfälligkeit gegenüber der derzeitigen Wirtschaftskrise bleiben andere längerfristig wirkende strukturelle Belastungen bestehen. Das betrifft vor allem die Folgen der demographischen Entwicklung für Nachfrage und Produktion, aber auch die anhaltende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Personalbereich. Die Wertschöpfung im Sektor Staat wird zwar weiter sinken. In dieser Krise wird das jedoch stabilisierend wirken, da der Produktionsrückgang im Unternehmenssektor deutlich schärfer ausfällt.

Regionales Leistungsbilanzdefizit steigt in der Konjunkturkrise

Die Konjunkturkrise führt auch zu einem Bruch in der bisherigen Entwicklung von Produktion und

Tabelle 19:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2007	2008	2009
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Inländische Verwendungskomponenten, real			
Privater Konsum	-1,1	-0,8	0,0
Anlageinvestitionen	2,8	1,5	-8,3
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	5,0	3,0	-13,0
Neue Bauten	0,9	0,2	-4,0
Bruttoinlandsprodukt, real	2,5	1,1	-4,5
Unternehmenssektor (ohne private Dienstleister)			
Verarbeitendes Gewerbe	9,7	3,8	-15,6
Baugewerbe	1,8	0,8	-3,3
Staat (einschließlich private Dienstleister)	-0,3	-0,8	-0,6
<i>in 1 000 Personen</i>			
Erwerbstätige (Inland) ^a	5 741	5 786	5 720
Unterbeschäftigte ^a	1 300	1 148	1 174
darunter:			
Arbeitslose, registrierte	1 030	890	935
Arbeitslosenquote ^b	15,2	13,3	14,0
<i>Produktivität</i>			
BIP (real) je Erwerbstätigen, Zuwachs in %	0,7	0,3	-3,4
BIP (nominal) je Erwerbstätigen, ABL = 100	77,7	78,5	79,6

^a Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^b Registrierte Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). ABL: Alte Bundesländer

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: April 2009); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Absorption in Ostdeutschland. Im Unterschied zur steigenden Produktion war die Binnennachfrage seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gesunken, zunächst im Bereich der Anlageinvestitionen bis zum Jahr 2005, dann aber auch beim Konsum. So

Tabelle 20:
Pro-Kopf-Größen im Ost-West-Vergleich^a
- in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -

	2006	2007	2008	2009
Verfügbares Einkommen pro Einwohner	79,3	79,1	79,2	79,6
Privater Konsum pro Einwohner	79,8	79,8	79,7	80,2
Sparen pro Einwohner	67,8	65,3	66,7	65,3
BIP pro Einwohner	68,0	68,7	69,3	71,2
BIP pro Erwerbstätigen	77,5	77,7	78,5	79,9
BIP pro Arbeitsstunde der Erwerbstätigen	73,5	74,2	75,1	-

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Berechnungen und Prognose des IWH.

wurde während der Wachstumsjahre bis 2008 der Nachfrageüberhang in Ostdeutschland seit dem Jahr 1995 kontinuierlich und seit dem Jahr 2001 sehr deutlich abgebaut. Vor der Krise lag er bei weniger als 10% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A2 im Anhang). Im Jahr 2009 kommt es zu einer Umkehr der Verhältnisse. Die Nachfrage steigt zwar nicht, sie sinkt jedoch dank der Stabilisierung der Konsumausgaben weniger stark

als die Produktion. Damit nimmt der Überhang zu, und das Defizit an Waren und Dienstleistungen in der regionalen Leistungsbilanz erhöht sich.

In der Krise verringern sich Ost-West-Abstände bei den Pro-Kopf-Größen

Sinkende Produktion und Erwerbseinkommen signalisieren Wohlstandsverluste für die Einwohner in Ost- wie Westdeutschland. Der tiefere Einbruch der Konjunktur in Westdeutschland führt rein rechnerisch zu einer Annäherung der Pro-Kopf-Größen im Ost-West-Vergleich (vgl. Tabelle 20). So verringert sich der Rückstand Ostdeutschlands beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf knapp 30%. Dies bedeutet jedoch kein Aufholen Ostdeutschlands. Der „Schein des Aufholens“ wird zudem auch in der Krise von der gegenläufigen Entwicklung der Einwohnerzahl im Osten und Westen Deutschlands genährt.

*Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de),*

*Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich,
Franziska Exß, Brigitte Loose, Birgit Schultz,
Götz Zeddies*

Tabelle A1:

Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 2001 bis 2008

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bruttowertschöpfung	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>							
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	7,4	-9,5	-6,8	38,7	-25,7	-10,0	18,1	5,6
Produzierendes Gewerbe	-2,5	0,1	1,8	3,9	2,7	6,2	6,6	2,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-38,4	8,0	8,0	-7,3	-30,7	11,4	15,4	-17,4
Verarbeitendes Gewerbe	4,0	2,5	4,7	8,4	8,0	10,4	9,7	3,8
Energie- und Wasserversorgung	3,4	0,8	2,3	3,6	2,9	-1,3	-3,3	0,5
Baugewerbe	-13,3	-5,2	-5,1	-5,7	-9,1	-2,8	1,8	0,8
Dienstleistungsbereiche	2,4	2,3	0,6	0,5	0,2	2,4	1,2	0,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,6	2,4	0,4	2,4	-2,2	4,5	-0,2	1,7
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	2,9	0,7	1,6	-0,5	-1,5	3,6	-3,6	1,0
Gastgewerbe	2,7	-5,9	-0,5	1,9	2,7	2,0	-1,4	-0,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,2	7,3	-1,3	6,9	-4,3	6,6	5,1	3,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstl.	6,3	4,5	2,1	0,0	2,6	3,3	3,8	1,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	-4,9	3,2	-10,0	-5,4	-2,2	3,4	10,5	-3,0
Vermietung, Unternehmensdienstleister	7,8	4,7	3,7	0,8	3,3	3,3	3,0	1,8
Öffentliche und private Dienstleister	-0,6	0,5	-0,5	-0,2	-0,4	0,4	-0,3	-0,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	-0,6	0,9	-1,2	-2,8	-2,2	-1,4	0,4	-0,9
Erziehung und Unterricht	-0,4	-0,1	-2,4	1,3	0,1	-0,4	-6,0	-6,2
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	0,6	4,4	2,1	1,0	2,9	3,0	2,9	2,5
Sonstige öffentliche und private Dienstleister	-2,6	-5,3	-0,5	0,4	-3,0	0,4	1,2	1,3
Häusliche Dienste	6,6	2,2	5,5	5,9	0,3	2,2	1,7	4,4
Bruttowertschöpfung insgesamt	1,2	1,4	0,8	2,1	0,3	3,3	2,9	1,2
Erwerbstätige	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>							
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-5,0	-3,1	-2,3	-1,1	-6,9	-3,4	1,2	1,0
Produzierendes Gewerbe	-5,6	-5,3	-3,2	-1,8	-2,4	0,2	2,5	1,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-2,1	-0,7	-0,9	0,3	-1,1	-1,1		
Verarbeitendes Gewerbe	0,8	-0,6	-1,1	-0,3	-0,7	1,0	3,6	2,9
Energie- und Wasserversorgung	-4,1	-2,4	-1,2	-4,2	-2,4	-2,8		
Baugewerbe	-13,3	-12,2	-6,9	-4,2	-5,4	-1,0	0,9	-1,7
Dienstleistungsbereiche	0,2	-0,1	-0,4	0,9	0,0	1,0	1,4	0,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-1,2	-1,5	-0,9	0,9	-1,6	-0,1	1,5	0,3
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	-2,2	-1,8	-1,1	0,4	-1,8	-0,5		
Gastgewerbe	1,1	0,8	0,2	3,1	0,3	1,2		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-0,6	-2,6	-1,2	0,4	-2,5	-0,1		
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstl.	2,6	1,4	2,0	3,4	0,2	4,8	4,4	2,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	-1,1	-0,9	-1,5	-1,1	-2,8	-1,3		
Vermietung, Unternehmensdienstleister	3,3	1,9	2,6	4,2	0,7	5,9		
Öffentliche und private Dienstleister	0,3	0,4	-0,9	-0,1	1,1	0,1	0,1	0,2
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	-0,6	-0,4	-2,0	-3,5	-0,6	-1,8		
Erziehung und Unterricht	-1,0	0,3	-2,3	-0,3	-0,1	0,2		
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2,3	2,5	1,6	1,6	2,9	1,5		
Sonstige öffentliche und private Dienstleister	-0,6	-1,7	-2,1	2,3	2,2	0,2		
Häusliche Dienste	8,7	1,9	4,8	3,9	-1,2	3,5		
Erwerbstätige insgesamt	-1,6	-1,6	-1,2	0,1	-0,8	0,6	1,7	0,8

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2009).

Tabelle A2:

Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (ohne Berlin) und ausgewählte Nachfragekomponenten 1991 und 2001 bis 2008

	1991	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	<i>in Mio. Euro (jeweilige Preise)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	107 253	240 379	247 021	250 671	257 541	258 796	268 625	280 874	289 554
Privater Konsum	96 841	174 367	174 548	175 773	176 696	177 336	180 407	181 677	184 420
Staatskonsum	41 429	67 240	68 372	68 623	67 517	67 162	67 289	67 206	67 928
Anlageinvestitionen	46 214	65 035	56 629	55 512	55 621	53 583	55 188	58 263	59 842
Neue Ausrüstungen ^a	20 010	26 061	21 557	20 419	22 589	22 341	24 839	25 722	26 179
Neue Bauten	27 033	40 719	36 740	36 497	34 612	32 757	32 063	34 352	35 521
Inlandsverwendung ^b	184 484	306 643	299 550	299 908	299 833	298 080	302 884	307 146	312 190
Saldo ^c	-77 231	-66 263	-52 529	-49 237	-42 292	-39 284	-34 259	-26 272	-22 636
	<i>Anteile am BIP in %</i>								
Bruttoinlandsprodukt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Privater Konsum	90,3	72,5	70,7	70,1	68,6	68,5	67,2	64,7	63,7
Staatskonsum	38,6	28,0	27,7	27,4	26,2	26,0	25,0	23,9	23,5
Anlageinvestitionen	43,1	27,1	22,9	22,1	21,6	20,7	20,5	20,7	20,7
Neue Ausrüstungen ^a	18,7	10,8	8,7	8,1	8,8	8,6	9,2	9,2	9,0
Neue Bauten	25,2	16,9	14,9	14,6	13,4	12,7	11,9	12,2	12,3
Inlandsverwendung ^b	172,0	127,6	121,3	119,6	116,4	115,2	112,8	109,4	107,8
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in % (preisbereinigt, verkettet, Basis 2000 = 100)</i>								
Bruttoinlandsprodukt		0,9	1,2	0,7	1,7	0,1	3,3	2,5	1,1
Privater Konsum		0,6	-0,7	-0,7	-0,7	-1,3	0,3	-1,1	-0,8
Staatskonsum		-1,3	-0,3	-0,8	-2,6	-1,1	-0,7	-0,8	-0,6
Anlageinvestitionen		-16,8	-12,2	-1,1	-0,4	-3,9	2,0	2,8	1,5
Neue Ausrüstungen ^a		-15,6	-16,1	-3,2	11,1	-0,4	12,3	5,0	3,0
Neue Bauten		-16,8	-9,5	-0,7	-6,3	-6,2	-4,5	0,9	0,2
Inlandsverwendung ^{b, d}		-4,2	-3,1	-0,8	-1,1	-1,8	0,4	-0,2	-0,3

^a Einschließlich sonstiger Anlagen. – ^b Summe der ausgewiesenen Verwendungsaggregate: privater Konsum, Staatskonsum und Anlageinvestitionen, d. h. Inlandsverwendung ohne Vorratsveränderungen. – ^c Saldo aus Inlandsverwendung (ohne Vorratsveränderungen) und Bruttoinlandsprodukt. – ^d Die durch Verkettung der Volumenwerte entstehenden Differenzen wurden nicht bereinigt.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2009); Schätzung des privaten Konsums für 2008 und der übrigen Nachfrageaggregate für 2007 bzw. 2008 durch das IWH.

Tabelle A3:
Warenexport der Neuen Bundesländer nach Regionen

	2008		2006	2007	2008
	<i>in Mio. Euro</i>	<i>Anteil in %</i>	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>		
Ausfuhr insgesamt	64 941	100,0	21,4	17,7	7,7
Europa	48 617	74,9	23,0	19,8	6,8
darunter: Europäische Union (EU-15)	29 297	45,1	18,0	18,3	1,7
darunter:					
Frankreich	4 981	7,7	12,9	37,5	6,5
Italien	3 974	6,1	7,9	23,4	-2,0
Großbritannien	4 006	6,2	34,9	11,2	-3,4
Niederlande	3 198	4,9	17,9	11,6	3,1
Österreich	2 955	4,6	19,0	13,5	7,2
darunter: Neue EU-Länder ^a	11 562	17,8	37,1	23,4	13,3
Estland	77	0,1	27,8	9,9	5,2
Lettland	119	0,2	95,3	19,8	-22,7
Litauen	179	0,3	25,9	45,3	2,9
Polen	5 751	8,9	44,0	24,9	21,3
Tschechien	3 118	4,8	32,7	21,3	7,1
Slowakei	909	1,4	36,1	40,6	13,7
Ungarn	1 111	1,7	26,4	11,0	0,3
Slowenien	299	0,5	14,3	27,7	21,2
Russland	2 515	3,9	42,9	28,0	40,1
Amerika	5 947	9,2	-0,9	4,4	12,1
darunter: USA	4 211	6,5	-5,4	0,1	9,5
Asien	8 609	13,3	33,2	17,8	7,7
darunter: Südostasien ^b	2 019	3,1	22,7	28,7	-15,9
Japan	678	1,0	17,4	3,5	13,7
China	2 194	3,4	46,0	26,2	20,0
Übrige Länder	1 768	2,7	24,7	7,4	16,9

^a Ohne Malta und Zypern. – ^b Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Republik Korea.

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Berechnungen des IWH.

Tabelle A4:

Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe im Jahr 2000, 2005 und 2006: ausgewählte Länder im Vergleich mit den Neuen Bundesländern

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^a			Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen ^a			Lohnstückkosten ^b		
	2000 ^c	2005	2006	2000 ^c	2005	2006	2000 ^c	2005	2006
Verarbeitendes Gewerbe									
Neue Bundesländer (VGR)	27 992	30 416	31 433	36 947	47 745	50 863	75,8	63,7	61,8
Neue Bundesländer (Unternehmensstatistik)	28 965	31 925	32 463	47 200	57 569	58 156	61,4	55,5	55,8
Bulgarien	2 006	2 427	2 566	2 974	4 974	5 394	67,4	48,8	47,6
Tschechien	6 716	9 849	11 100	10 711	16 769	19 562	62,7	58,7	56,7
Ungarn	5 743	10 361	10 379	12 398	21 141	22 069	46,3	49,0	47,0
Polen	5 617	7 604	8 921	10 483	19 526	17 538	53,6	38,9	50,9
Rumänien	2 081	3 377	4 107	3 505	5 632	7 001	59,4	60,0	58,7
Slowakei	4 741	7 710	8 559	7 438	14 494	16 837	63,7	53,2	50,8
Slowenien	14 164	17 176	17 828	17 411	24 913	27 266	81,4	68,9	65,4
Baugewerbe									
Neue Bundesländer (VGR)	22 541	23 898	24 393	26 177	28 494	28 721	86,1	83,9	84,9
Bulgarien	2 862	2 242	2 355	3 003	4 645	5 698	95,3	48,3	41,3
Tschechien	6 036	9 780	10 955	6 158	11 077	13 450	98,0	88,3	81,4
Ungarn	4 320	6 703	7 085	7 926	9 923	9 839	54,5	67,6	72,0
Polen	5 813	6 576	8 086	7 395	11 171	13 302	78,6	58,9	60,8
Rumänien	2 094	3 209	3 761	3 161	5 112	6 523	66,2	62,8	57,7
Slowakei	4 515	6 800	7 845	4 686	11 756	13 707	96,3	57,8	57,2
Slowenien	12 494	17 653	15 226	12 984	18 097	19 781	96,2	97,5	77,0

^a Niveau in jeweiligen Preisen. – ^b Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)*100. –

^c Tschechien: Verarbeitendes Gewerbe 2001, Polen: 1998, Slowenien: 2002.

Quellen: Eurostat: Strukturelle Unternehmensstatistik; Statistisches Bundesamt: Kostenstrukturerhebung; Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: März 2009); Berechnungen des IWH.

Tabelle A5:

Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands (ohne Berlin) 2006 bis 2008

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^a	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen ^a	Lohnstückkosten ^b
	<i>in Euro</i>		
Verarbeitendes Gewerbe			
2006	31 433	50 863	61,8
2007	32 125	54 379	59,1
2008	32 493	55 038	59,0
Baugewerbe			
2006	24 393	28 721	84,9
2007	25 130	30 640	82,0
2008	25 637	32 668	78,5
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2006	20 728	31 975	64,8
2007	20 953	31 854	65,8
2008	21 477	33 134	64,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister			
2006	24 361	74 751	33,0
2007	24 897	73 960	32,6
2008	25 432	74 445	33,7
Unternehmen insgesamt ^c			
2006	25 002	46 854	53,4
2007	25 515	48 090	53,1
2008	26 057	49 344	52,8
	<i>Westdeutschland^d = 100</i>		
Verarbeitendes Gewerbe			
2006	67,2	75,9	88,5
2007	67,5	76,8	87,9
2008	67,1	78,2	85,8
Baugewerbe			
2006	79,6	73,4	108,5
2007	80,7	73,4	110,0
2008	80,9	72,0	112,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2006	75,7	81,6	92,7
2007	75,7	80,9	93,6
2008	75,5	81,2	93,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister			
2006	69,2	77,8	89,7
2007	69,4	77,3	89,0
2008	69,7	77,6	89,8
Unternehmen insgesamt ^c			
2006	69,9	75,8	92,2
2007	70,3	76,1	92,3
2008	70,3	77,0	91,4

^a Niveau in jeweiligen Preisen. – ^b Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)*100. –^c Ohne private Dienstleister. – ^d Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: März 2009); Berechnungen des IWH.

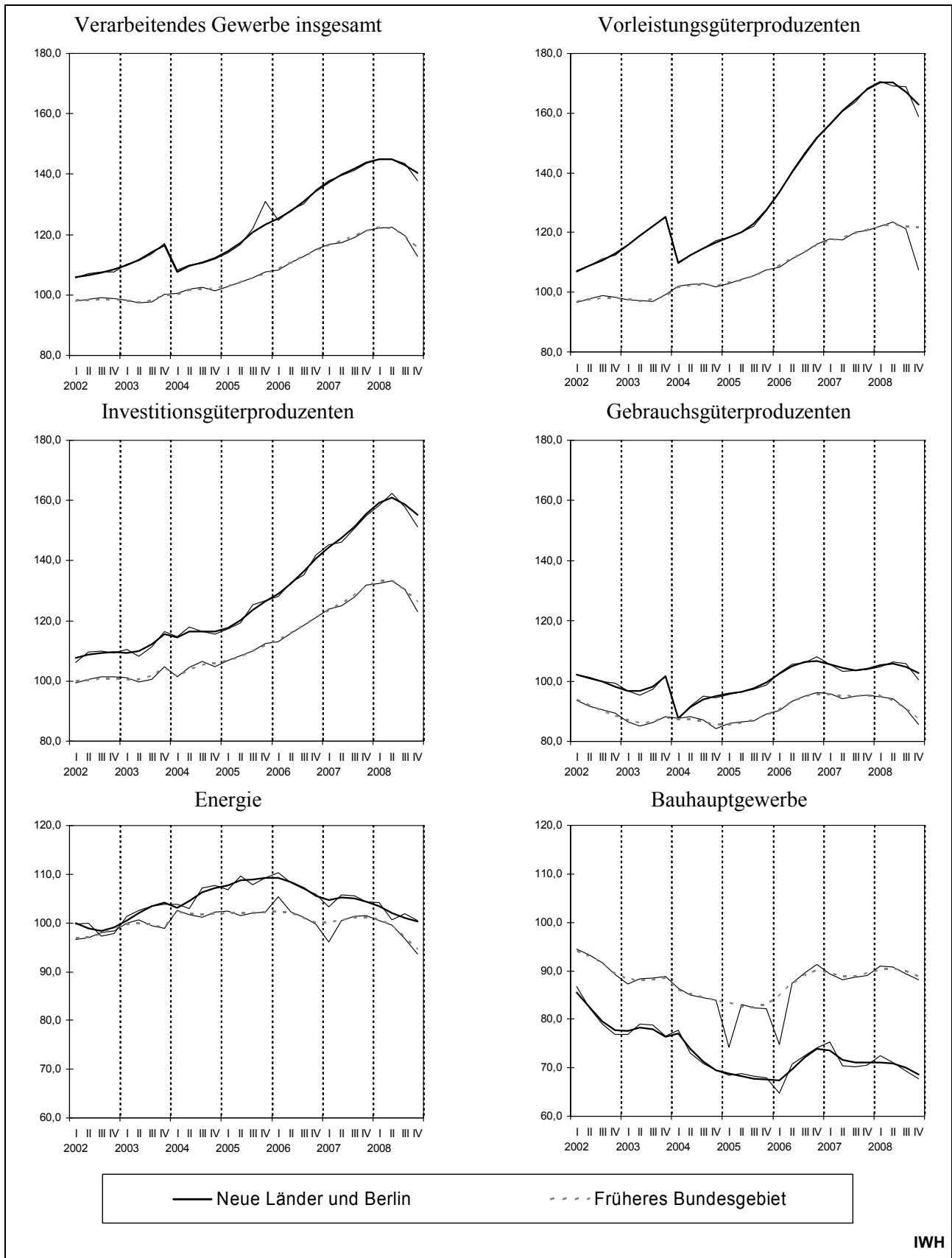
Tabelle A6:
 Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands^a
 - in 1 000 Personen -

	NBL					ABL
	2004	2005	2006	2007	2008	2008
Erster Arbeitsmarkt	157	177	134	125	112	272
Empfänger direkter Eingliederungshilfen ^b	127	114	51	58	78	131
Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Programmen	30	63	83	67	44	141
Personal-Service-Agenturen (PSA)	3	8	1	1	0	5
Förderung der Selbstständigkeit ^c	27	55	82	66	44	136
Zweiter Arbeitsmarkt	91	99	160	140	139	223
Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	90	80	35	26	25	16
Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ „Zusatzjobs“	1	14	1	114	114	207
Teilnehmer an Maßnahmen insgesamt	248	276	294	265	251	495
Anteil ^d in %	4,4	4,9	5,2	4,6	4,3	1,5
<i>Nachrichtlich:</i> Erwerbstätige (Inland)	5 656	5 609	5 646	5 741	5 786	34 102

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschüssen für Ungelernte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bzw. JUMP+ sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^c Ich-AGs, Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit), Gründungszuschuss. – ^d Anteil der Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt an den Erwerbstätigen (Inland). NBL: Neue Bundesländer; ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2009); Berechnungen des IWH.

Übersicht 1: Produktionsindex im Produzierenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands^a
 - 2000 = 100; kalender- und saisonbereinigte Werte sowie Trend-Konjunktur-Komponente -

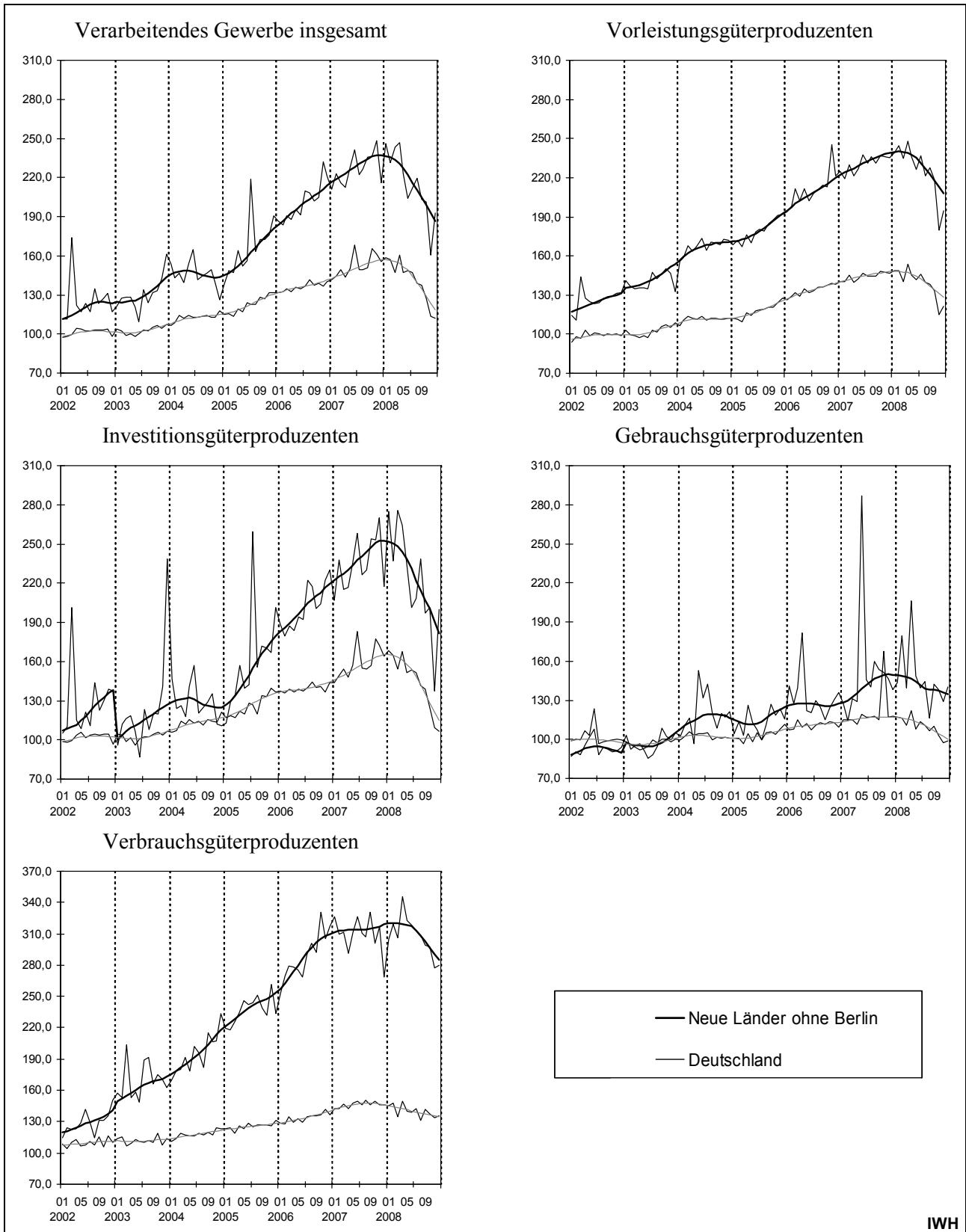


^a Ostdeutschland bis 2003 mit Berlin-Ost, ab 2004 mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Übersicht 2: Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands^a

- 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -

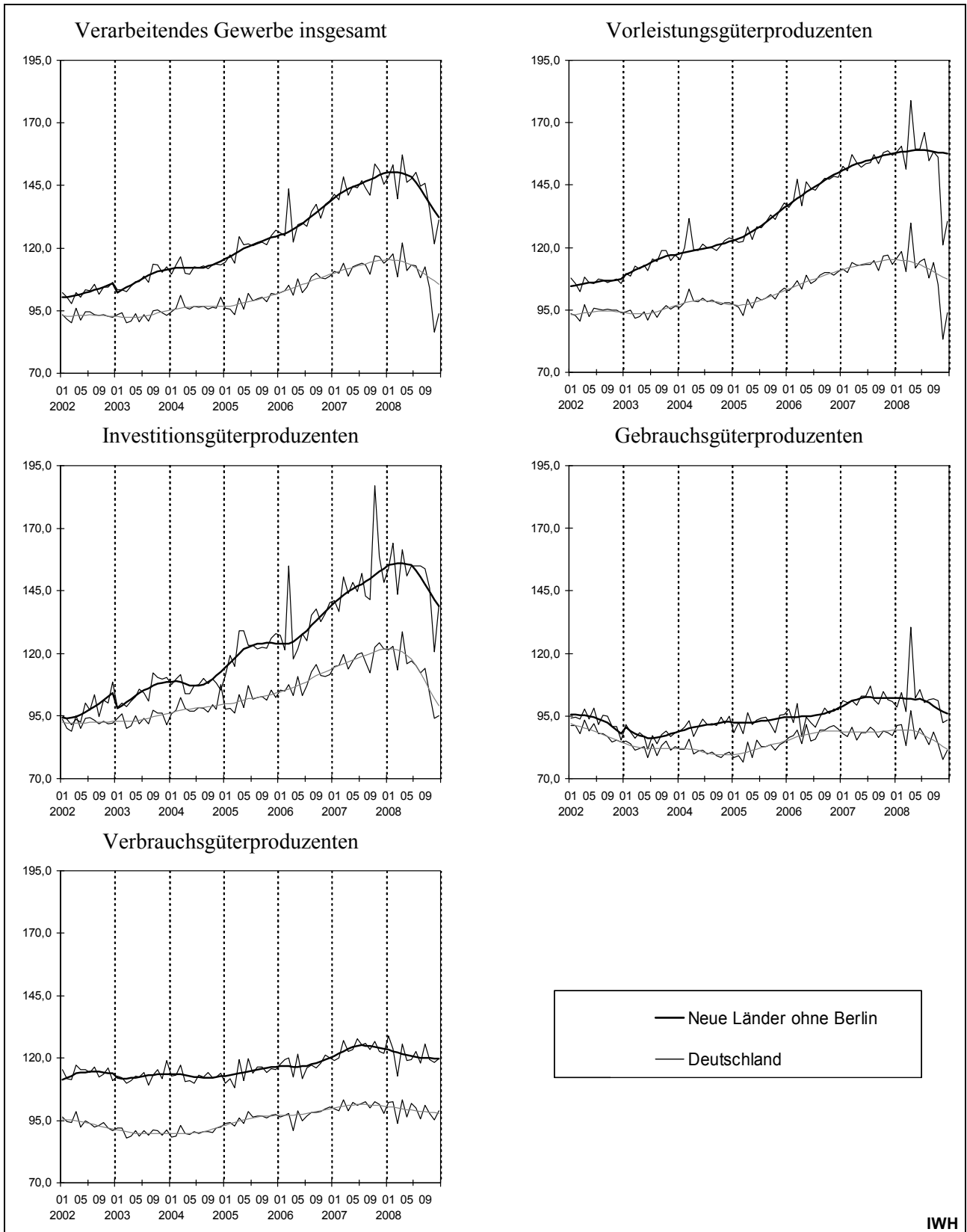


^a Ostdeutschland bis 2002 mit Berlin-Ost, ab 2003 ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Übersicht 3: Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands^a

- 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -

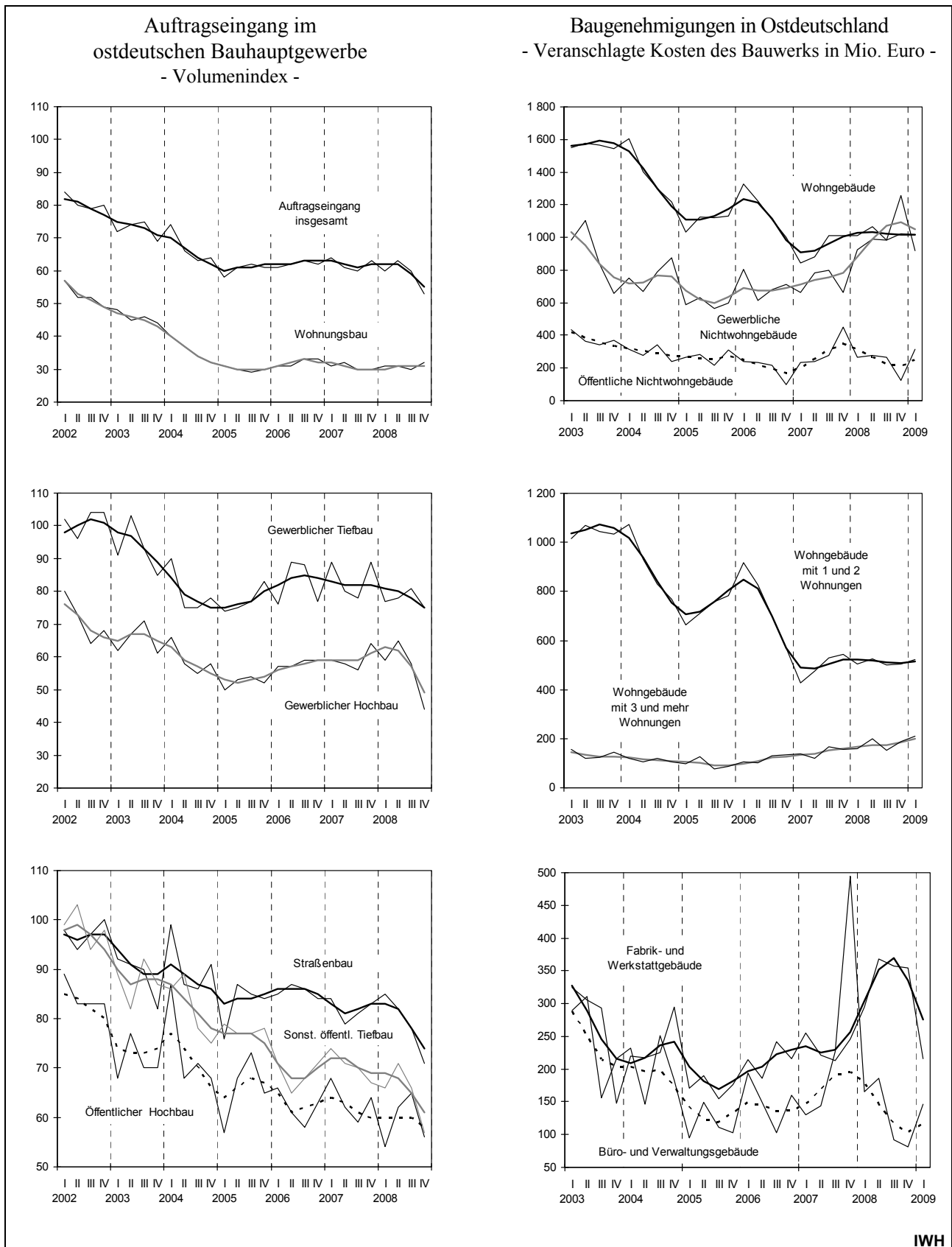


^a Ostdeutschland bis 2002 mit Berlin-Ost, ab 2003 ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Übersicht 4: Auftragseingang im Bauhauptgewerbe und Baugenehmigungen in Ostdeutschland^a

2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -

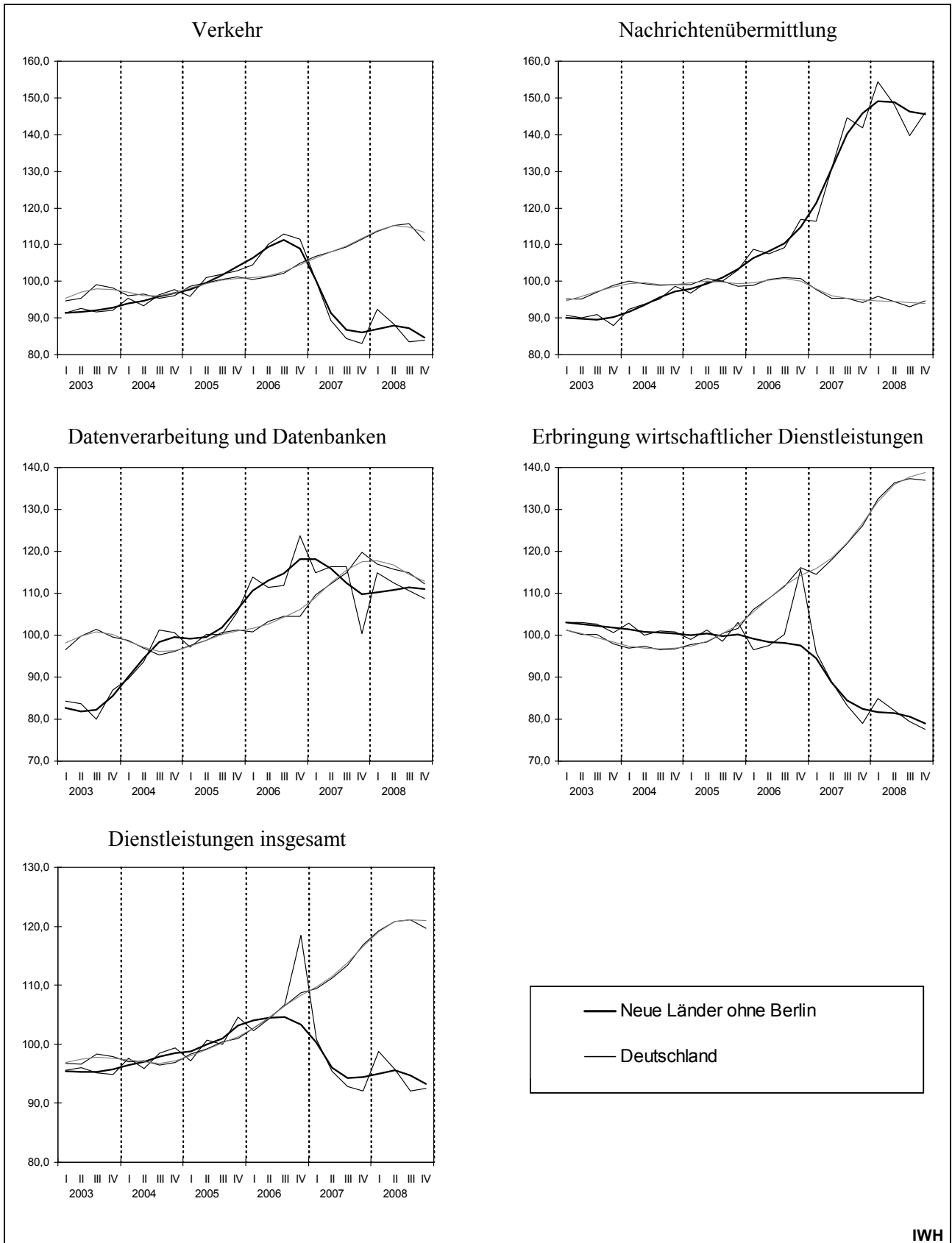


^a Ostdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Übersicht 5: Umsatzentwicklung im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie bei Unternehmensdienstleistern

- Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.